ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Zukunft Rauchverbot Sabine Oberhauser Die Quote der Glaubwürdigkeit Sonja Ablinger Debatten um Straßennamen sind auch ein demokratiepolitischer Lackmustest Interview mit Oliver Rathkolb Steueroasen: Wo Vermögen parken Stefan Brocza und Andreas Brocza



EDITORIAL

Im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit des Bundesparteitags am 28.11. stand spätestens seit der fast einstimmigen Kür des ÖVP-Parteiobmanns Reinhold Mitterlehner das Wahlergebnis des spö-Parteivorsitzenden. Die Bemühungen Unmutsbekundungen in der Wahlzelle wie vor zwei Jahren vorzubeugen, sind unverkennbar. Während Umfragen, die die spö zuletzt in der Sonntagsfrage auf Platz 3 sahen, von den Medien-Auguren auch primär unter dem Gesichtspunkt gedeutet wurden, ob das jetzt zwei Prozent mehr Streichungen oder das Gegenteil bewirken, sind ebenso symptomatisch wie am Thema vorbei. Solche Umfragen sind vielmehr ein politischer Weckruf. Das gilt auch dafür, dass eine allfällige Bildungsreform in den nächsten Jahren dereinst als Erfolg der Industriellenvereinigung in die Geschichte eingehen wird, wenn das Bildungsministerium v.a. mit dem Stopfen immer neuer Budgetlöcher und der eigenartig anmutenden Versicherung beschäftigt ist, LehrerInnengehälter auch in der Zukunft auszahlen zu wollen.

Die entscheidende Frage des Bundesparteitags 2014 ist weniger, ob Debatten vermieden werden, um den medialen Eidnruck der Geschlossenheit zu erzeugen. Entscheidend wird vielmehr sein, ob er einen ernthaften Impuls für eine programmatische und organisatorische Reformdebatte mit sich bringt. Angesichts des Erstarken rechtsextremer Parteien in ganz Europa und der Wiedergewinnung der Aktionsfähigkeit auf Seiten der övp, ist das primäre Thema der Sozialdemokrtaie die Gewinnung des Vertrauens der eigenen Mitglieder und WählerInnen und weniger die Frage, wieviel über 90% der Delegiertenstimmen auf Streichungen verzichten.

Bevor auch in diesem Heft Anregungen zur angesprochenen Organisations- und Programmdebatte behandelt werden, steht am Beginn dieser Ausgabe eine »Aktuelle Debatte« zum NichtraucherInnenschutz:

Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser argumentiert in ihrem Beitrag, warum die Einführung eines Rauchverbots in der Gastronomie nicht nur gesundheitspolitisch sinnvoll, sondern v.a. unter dem Aspekt des ArbeitnehmerInnenschutzes unverzichtbar ist. Wenig Verständnis zeigt sie dafür, solche existenziellen Fragen als Störung der »österreichischen Gemütlichkeit« abzutun.

Anderer Meinung ist Heinz Pollischansky. Der Gastronom legt in seinem Beitrag dar, warum er die bestehende Regelung für einen gelungenen Kompromiss hält, den aufzukündigen eine wenig zielführende Belastung der Gastro-

nomie darstelle, die keine gesundheitspolitische Verbesserung bringe.

Sonja Ablinger spricht in ihrem Beitrag die Frage der Quotenregelung in der SPÖ in einer historischen Perspektive an. Die am Parteitag 2014 zur Beschlussfassung vorliegende Fassung stelle keine Verbesserung dar, sondern berge vielmehr die Gefahr einer weiteren Aushöhlung. Die Abwertung der Quote sieht Ablinger dabei in einem direkten Zusammenhang mit dem Hintanstellen wesentlicher materieller frauenpolitischer Forderungen.

Herausforderungen einer **Organisationsreform** spricht in seinem Beitrag **Wolfgang Moitzi** an. Um dem Mitgliederverlust gegenzusteuern sei vor allem eine **umfassende Demokratisierung** der Partei erforderlich. Erfolgreich könne eine Organisationsreform zudem nur im Zusammenspiel mit einer Wiedergewinnung politischer Glaubwürdigkeit sein.

Eine Intervention zu einem aktuellen sachpolitischen Thema stellt der Beitrag von Marcus Gremel dar: Seine Forderung nach einer Leerstandsabgabe hat die öffentliche Debatte dazu wieder ins Rollen gebracht. In seinem Beitrag legt er seine Überlegungen dazu ausführlich dar.

Julia Herr ein Anlass, die geschichte dieser Organisationd er ArbeiterInnenbewegung Revue passieren zu lassen und Ausblicke in die Zukunft vorzunehmen.

Im ZUKUNFT-Gespräch erläutert Oliver Rathkolb die Erkenntnisse der von ihm geleiteten Erforschung problematischer Wiener Straßennamen. Die damit verbundenen Debatten seien mehr als eine Beschäftigungstherapie für HistorikerInnen und haben für ihn eine wichtige demokratiepolitische Bedeutung.

Stefan und Andreas Brocza analysieren in ihrem Beitrag die von **Gabriel Zucman** vorgelegte **Studie** über die Ausmaße der Nutzung von **Steueroasen**.

Nach den **Buchtipps** nimmt **Elisabeth Blaha** schließlich das »deutsche Modell« kritisch in den Blick.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK

Inhalt



Porträt Jeff Wall Foto: Rudolf Sagmeister

6 Zukunft Rauchverbot

VON SABINE OBERHAUSER

10 Prohibition 2.0: Müssen RaucherInnen im 21. Jahrhundert wirklich entmündigt werden?

VON HEINZ POLLISCHANSKY

16 Die Quote der Glaubwürdigkeit VON SONJA ABLINGER

21 Für einen organisatorischen Aufbruch VON WOLFGANG MOITZI

26 Wohnungen sind zum Wohnen da!
VON MARCUS GREMEL

30 120 Jahre Sozialistische Jugend VON JULIA HERR

36 Debatten um Straßennamen sind auch ein demokratiepolitischer Lackmustest

INTERVIEW MIT OLIVER RATHKOLB

42 **Steueroasen: Wo Vermögen parken**VON STEFAN BROCZA UND ANDREAS BROCZA

48 **Buchtipps**Sachliches & Belletristisches

50 Wie erfolgreich ist das deutsche Modell?

SCHLUSSWORT VON ELISABETH BLAHA

Zukunft Rauchverbot

Tabakrauch enthält mehr als 4.000 Chemikalien, darunter viele krebserzeugende und giftige Substanzen. Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser argumentiert, warum die Einführung eines Rauchverbots in der Gastronomie nicht nur gesundheitspolitisch sinnvoll, sondern v. a. unter dem Aspekt des ArbeitnehmerInnenschutzes unverzichtbar ist.

chätzungsweise sterben in Österreich etwa 14.000 Personen jährlich an den Folgen des Tabakkonsums. Krankheitsbelastung und vorzeitige tabakbedingte Sterblichkeit verursachen großes Leid für die Betroffenen und ihr persönliches Umfeld. Dennoch gibt es noch immer GegnerInnen eines umfassenden NichtraucherInnenschutzes in Räumen öffentlicher Orte inklusive der Gastronomie. Doch ihre Reihen lichten sich – nicht zuletzt dank umfassender bewusstseinsbildender Maßnahmen. Mein Ziel ist es, bis zum Ende dieser Legislaturperiode im Jahr 2018 ein komplettes Rauchverbot auch in der Gastronomie umzusetzen – eine längst überfällige Maßnahme, um den NichtraucherInnenschutz in Österreich auf ein internationales Niveau anzuheben.

ÖSTERREICH IST INTERNATIONALES SCHLUSSLICHT

Österreich hat im internationalen Vergleich nicht nur besonders viele RaucherInnen, wir nehmen bei Tabakkontrolle und NichtraucherInnenschutz auch noch den letzten Platz unter 34 Ländern im europäischen Raum ein. 33 Prozent der ÖsterreicherInnen rauchen, gegenüber einem europäischen Schnitt von 29 Prozent. Während die Zahl der RaucherInnen außerdem in den meisten EU-Ländern rückläufig ist, ist in Österreich der Konsum von Zigaretten im Vergleich zu 2009 um 0,6 Zigaretten gestiegen. Derzeit raucht der/die ÖsterreicherIn durchschnittlich 18,3 Zigaretten pro Tag – im Schnitt etwa um 4 Zigaretten mehr als der europäische Durchschnitt. Und das, obwohl die gesundheitlichen Folgen des Rauchens fatal sind: In Österreich stirbt jede Stunde ein Mensch an den Folgen des Rauchens und jede achte Stunde an den Folgen des Passivrauchens. Rauchen verursacht mehr als 15 verschiedene Krebsarten mit und ist maßgeblich für Herzerkrankungen, Gefäßerkrankungen sowie chronische Lungen- und Gehirnerkrankungen mitverantwortlich. Kinder sind durch Tabakrauch besonders hohen Gesundheitsrisiken ausgesetzt und Erkrankungen wie plötzlicher Kindstod, Asthma, Allergien, Lungen- und Hirnhautentzündungen treten dadurch gehäuft auf.

EIN RAUCHSTOPP ZAHLT SICH IMMER AUS!

Als Gesundheitsministerin und Ex-Raucherin (2 Jahre und rund 17.500 nicht gerauchte Zigaretten) möchte ich eine Botschaft mit Nachdruck vermitteln: Ein Rauchstopp zahlt sich immer aus! Bereits 20 Minuten nach der letzten Zigarette machen sich die ersten körperlichen Verbesserungen bemerkbar. Der Blutdruck sinkt nahezu auf einen Wert wie vor der letzten Zigarette. Die Temperatur in Händen und Füßen steigt wieder auf normale Werte. Nach acht Stunden sinkt der Kohlenmonoxid-Spiegel im Blut auf normale Werte. Nach 24 Stunden verringert sich das Risiko von Herzanfällen. Nach zwei Wochen bis drei Monaten verbessern sich die Kreislaufsituation und die Lungenfunktion. Nach ein bis neun Monaten gehen Hustenanfälle, Verstopfung der Nasennebenhöhlen, Müdigkeit und Kurzatmigkeit zurück. Die Flimmerhärchen der Atemwege gewinnen wieder ihre Reinigungsfähigkeit, so dass eine normale Lungenfunktion erreicht wird. Die Infektanfälligkeit wird vermindert.

Nach einem Jahr sinkt das erhöhte Risiko einer koronaren Herzkrankheit auf die Hälfte des Risikos einer Raucherin bzw. eines Rauchers. Nach fünf Jahren ist das Schlaganfallrisiko nur noch halb so groß wie bei RaucherInnen, die weiterrauchen. Nach zehn Jahren verringert sich das Risiko, an Lungenkrebs zu sterben, fast um die Hälfte. Das Risiko einer Krebserkrankung in der Mundhöhle, Luftröhre, Speiseröh-

re, Harnblase, in den Nieren und in der Bauchspeicheldrüse sinkt. Nach 15 Jahren entspricht das Risiko einer koronaren Herzkrankheit dem von lebenslangen NichtraucherInnen.

Es reicht aber nicht, an die Eigenverantwortung der Menschen zu appellieren, denn zuerst müssen die Verhältnisse stimmen, um die wünschenswerten Verhaltensänderungen so einfach wie möglich zu machen. NichtraucherInnenschutzmaßnahmen in öffentlich zugänglichen Gebäuden und Räumen zählen daher auch international zu den wichtigen gesundheitspolitischen Maßnahmen im Rahmen der Tabakpolitik.

NICHTRAUCHERINNENSCHUTZ IN ÖFFENTLI-CHEN GEBÄUDEN UND IN DER GASTRONOMIE

In Österreich ist der NichtraucherInnenschutz im Tabakgesetz geregelt. Mit der Novelle des Gesetzes im Jahr 2004 wurde der NichtraucherInnenschutz erweitert und ein weit reichendes Rauchverbot für Räume öffentlicher Orte verankert. Mit der Tabakgesetz-Novelle 2008 wurde auch die vorher ausgenommen gewesene Gastronomie in den gesetzlichen NichtraucherInnenschutz mit einbezogen, allerdings mit Ausnahmebestimmungen. So darf in kleinen Gaststätten mit weniger als 50 Quadratmetern Fläche weiterhin geraucht werden und größere Lokale können ein räumlich abgetrenntes RaucherInnenzimmer einrichten. Dass sich diese Zwischenlösung nicht bewährt hat, ist meiner Ansicht nach, mittlerweile unbestritten. So kommt beispielsweise eine erst kürzlich veröffentlichte österreichische Studie zu dem Ergebnis, dass zwei Drittel der überprüften Lokale keine ausreichende Trennung zwischen RaucherInnen- und NichtraucherInnenbereich haben.

Nicht nur das: Viele Wirtinnen und Wirte klagen über eine neue Art von Konkurrenzdruck, der mit der Novelle 2008 institutionalisiert wurde. So ist es größeren Lokalen weiterhin möglich, RaucherInnenbereiche räumlich getrennt anzubieten, kleinere Betriebe haben nur die Möglichkeit sich zwischen der Führung des Lokals als RaucherInnen- oder NichtraucherInnenlokals zu entscheiden. Viele kleinere GastronomInnen, die eigentlich gerne einen rauchfreien Betrieb hätten, wagen diesen Schritt aufgrund der derzeitigen Konkurrenzsituation nicht. Dass aber gerade eine Tourismusregion wie Österreich auch davon profitieren kann, wenn mit einem generellen Rauchverbot in der Gastronomie an internationale Standards angeschlossen wird, bedenken die Wenigsten. Verlangen doch gerade TouristInnen aus Ländern mit

einem umfassenden NichtraucherInnenschutz denselben hohen Standard, wie sie ihn von zu Hause bereits gewohnt sind.

ARBEITNEHMERINNENSCHUTZ GEHT VOR!

Das sind aber nicht die Hauptgründe, warum ich mich für ein absolutes Rauchverbot auch in der Gastronomie einsetze. Ich denke dabei vor allem an die Beschäftigten in der Gastronomie. Der ArbeitnehmerInnenschutz geht vor! Eine Kellnerin oder ein Kellner raucht am Tag dutzende Zigaretten passiv mit. Es geht also nicht darum, die RaucherInnen ihrer Freiheit zu berauben, wie manch libertinäre/r KritikerIn eines Rauchverbots behauptet, sondern um jene Menschen, die in den Cafés, Restaurants, Beisln, Gasthäusern etc. arbeiten. Wir haben eine Verantwortung gegenüber den Beschäftigten – schon allein aus diesem Grund muss ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie kommen.

So manche/r überzeugte/r Gegner/in des NichtraucherInnenschutzes mag gerade die ArbeitnehmerInnen als Argument gegen ein Rauchverbot vorbringen. Herrscht doch nach wie vor die weit verbreitete Meinung, dass ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie zu Umsatzeinbußen und in weiterer Folge zum Verlust von Arbeitsplätzen führe. Wer geht schon noch ins Café oder ins Restaurant, wenn er/ sie dort nicht mehr genüsslich rauchen darf? Dazu sei nur so viel gesagt: Ob es durch ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie tatsächlich zu Umsatzeinbußen kommt, dazu gibt es unterschiedliche Studienergebnisse (wobei die meisten unabhängigen Studien keine signifikanten Umsatzeinbußen feststellen). Was hingegen alle bisher dazu geführten Studien einstimmig bestätigen: Das generelle Rauchverbot ohne Ausnahmen macht die Menschen gesünder. Um nur ein Beispiel zu nennen: In Schottland und Irland besserten sich bereits zwei Monate nach der Einführung des generellen Rauchverbots in der Gastronomie Atemwegsbeschwerden, Hals-, Nasen- und Augenbeschwerden der Bediensteten. Ebenfalls konnten eine Verbesserung der Lungenfunktion, weniger Entzündungen/ Schwellungen der Luftwege und eine bessere Lebensqualität für AsthmatikerInnen festgestellt werden. Jährlich kommt es in Schottland bei Kindern unter 15 durchschnittlich zu 18,2 Prozent weniger Spitalsaufnahmen aufgrund von Asthma und generell zu rund 17 Prozent weniger Spitalsaufnahmen wegen akuter Herzerkrankungen.

DAS ENDE DER GEMÜTLICHKEIT?

Ich habe also wenig Verständnis für das Argument der »österreichischen Gemütlichkeit«, der durch ein Rauchverbot in

der Gastronomie vermeintlich ein Ende gesetzt werde. Was für den/die eine/n nämlich Gemütlichkeit bedeutet, bedeutet für den/die andere Atemwegsbeschwerden, Augenreizungen, Halsentzündungen, etc. Bestätigt fühle ich mich durch aktuelle Umfragen, die zeigen, dass sich die Mehrheit der ÖsterreicherInnen für ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie ausspricht. Ich gebe zu, diese Mehrheit ist ausbaufähig. Deshalb ist es auch mein Ziel, einen Imagewandel in Bezug auf das Rauchen herbeizuführen; Rauchen »uncool« zu machen. Um ein weiteres internationales Beispiel heranzuziehen: In den USA ist Rauchen in vielen Lebenssituationen einfach unvorstellbar – und nicht nur, weil es verboten ist, sondern weil es gesellschaftlich nicht toleriert wird. Davon sind wir in Österreich meilenweit entfernt. Das Bewusstsein, dass Rauchen gesundheitsgefährdend ist, muss noch viel mehr gestärkt werden. Dem werde ich als Gesundheitsministerin in den nächsten Jahren oberste Aufmerksamkeit widmen.

Aus bisher Gesagtem ergibt sich ein einzig richtiger Schluss: Ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie muss kommen. Daran besteht für mich kein Zweifel. Die Frage ist nur, wann es so weit sein wird. Als Gesundheitsministerin der Republik Österreich habe ich es mir zum Ziel gesetzt, noch in dieser Legislaturperiode, also bis 2018, rauchfreie Lokale zu haben. Jeder Tag früher, an dem wir ein generelles Rauchverbot auch in der Gastronomie haben, ist für mich ein Freudentag.

SABINE OBERHAUSER

ist Medizinerin und gehört seit 2006 dem Nationalrat an, wo sie als Gesundheits- und Sozialsprecherin des spö-Parlamentsklubs fungierte. Von 2004 bis 2012 war sie Vizepräsidentin des BSA, 2009 bis 2014 Vizepräsidentin des ögb.

Seit September 2014 ist sie Bundesministerin für Gesundheit.





Ivan Sayers, costume historian, lectures at the University Women's Club, Vancouver, 7 Dec. 2009. Virginia Newton-Moss wears a British ensemble c.1910, from Sayers' collection, 2009, LightJet-Abzug, 185,5 x 224,3 cm, © Jeff Wall

Prohibition 2.0: Müssen RaucherInnen im 21. Jahrhundert wirklich entmündigt werden?

Weil die Politik bei Jugendschutz und Raucher-Prävention versagt, wird erneut der Gastronomie der Schwarze Peter zugeschoben. Nach fünf Jahren friedlichen Miteinanders und gelebter Toleranz von Raucherlnnen, Nichtraucherlnnen, Gastronomlnnen und ihren Mitarbeiterlnnen soll ein funktionierender Kompromiss durch ein generelles Rauchverbot in Wirts- und Kaffeehäusern zunichte gemacht werden. Szene-Wirt Heinz Pollischansky fordert mehr Vernunft in der Debatte rund um ein komplettes Rauchverbot.

eit jeher ist die österreichische Wirtshaus- und Kaffeehauskultur für ihre Gastlichkeit und Gemütlichkeit bekannt. Die Tradition und die besondere Atmosphäre, die diese Orte der Begegnung ausstrahlen, werden gleichermaßen von TouristInnen und Einheimischen geschätzt. Heute wie früher spielt man dort Schach und Karten, studiert und diskutiert die Weltlage. Nicht zu vergessen: Ein nicht unerheblicher Teil der österreichischen Literatur ist im Wirts- und Kaffeehaus entstanden. Wegen dieser einzigartigen Paarung von Gesellschaftsleben und Inspiration wurde die österreichische Kaffeehauskultur sogar zum Weltkulturerbe ernannt.

In diesem »erweiterten Wohnzimmer« auch rauchen zu dürfen, ist für die meisten untrennbar mit jener Gemütlichkeit verbunden, die die Wirts- und Kaffeehäuser ihren Gästen bieten sollen und wollen. In einer schon etwas zurückliegenden Umfrage von om lehnten sogar 38 Prozent der Nichtraucher-Innen ein generelles Rauchverbot entschieden ab: Ein klares Bekenntnis für ein »Partnerschaftliches Miteinander«. Einer Umfrage des makam Instituts zufolge können sich 81 Prozent der ÖsterreicherInnen ein Kaffeehaus ohne Raucherbereich gar nicht vorstellen.

EIN KOMPROMISS, DER ALLE INTERESSENGRUPPEN ZUFRIEDENSTELLT

Fünf Jahre lang waren diese Überlegungen nicht nötig: Nach langem Tauziehen rund um den Nichtraucher- und ArbeitnehmerInnenschutz in der Gastronomie wurde – wirksam ab I. Jänner 2009 – in Österreich eine optimale Lösung gefunden, mit der alle Interessensgruppen zufrieden gestellt sind. NichtraucherInnen finden komplett rauchfreie Bereiche vor.

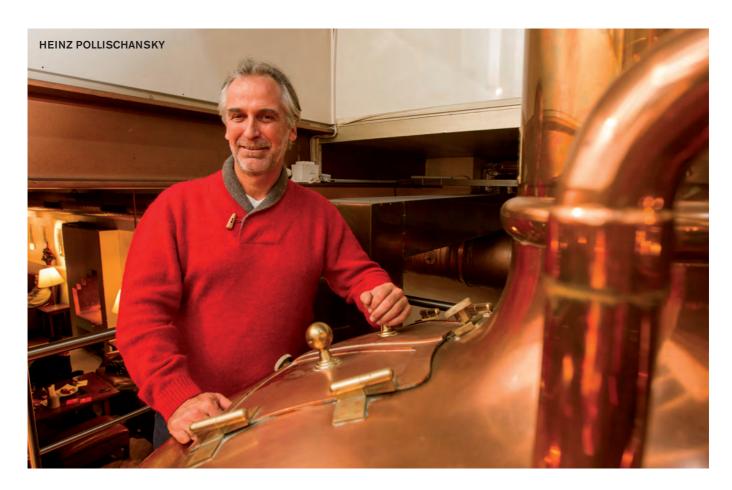
RaucherInnen können sich dem Tabakgenuss hingeben, ohne vor der Lokaltüre jedem noch so schlechten Wetter ausgesetzt zu sein. GastronomInnen müssen zudem – nach Investitionen in Lüftung bzw. Abtrennung eigener Zonen – keine großen Umsatzeinbußen in Kauf nehmen. ArbeitnehmerInnen genießen überdies in der Gastronomie einen besonderen Schutz: Die Politik hat einen Kompromiss gefunden, mit dem jeder leben kann.

GENERELLES RAUCHVERBOT HÄLT NICHT VOM RAUCHEN AB

Nun aber wird dieses friedliche Miteinander erneut in Frage gestellt und Zwietracht zwischen RaucherInnen und NichtraucherInnen gesät. Die ungeliebten TabakliebhaberInnen sollen laut politischer Absicht von Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser vollständig ins Abseits und somit vor die Lokaltüre gedrängt werden. Diese Diskriminierung dient dazu, Menschen vom Rauchen abzuhalten. Doch die Erfahrung zeigt, dass solche Maßnahmen nicht den gewünschten Erfolg bringen: International ist zu beobachten, dass RaucherInnen lediglich ihr Ausgehverhalten, nicht jedoch ihr Suchtverhalten im Zuge eines kompletten Rauchverbotes ändern. Das heißt: Geraucht wird dann vorzugsweise in den eigenen vier Wänden – der Gastronom trägt den Schaden durch die verlorengegangene Konsumation.

UMSATZRÜCKGÄNGE SIND KEINE PANIKMACHE, SONDERN TATSACHE

Die wirtschaftlichen Folgen für die Gastronomie lassen sich durch die Entwicklungen im benachbarten Ausland vorhersagen: Man geht in Österreich davon aus, dass durch ein generelles Rauchverbot 5.000 Betriebe und 12.000 Arbeitsplätze



bedroht sind. Sogar in Italien, wo viele Lokale durch das mediterrane Klima auch über Tische im Freien verfügen, gingen die Umsätze um etwa 20 bis 25 Prozent zurück. Im temperaturbedingt nicht so gesegneten Deutschland sind sogar Umsatzrückgänge von bis zu 60 Prozent zu verzeichnen. Besonders die Stammgäste blieben ihren Lieblingslokalen fern.

GEFAHR FÜR LOKALVIELFALT UND ARBEITSPLÄTZE

Nachdem die Gastronomie erst vor wenigen Jahren gezwungen wurde in teure Umbauten für die Trennung von Raucher- und NichtraucherInnenzonen zu investieren, muss sie nun damit rechnen, dass diese Investitionen umsonst sind. Dem Vertrauen in die Politik ist diese Vorgangsweise sicher nicht dienlich: Wer sich auf die Versprechen und Zusagen verlassen hatte und in die Abtrennung eigener Zonen sowie leistungsfähige Lüftungsanlagen investiert hat, muss dies bald als teures Lehrgeld verbuchen. Der Blick in die Zukunft ist angesichts eines kompletten Rauchverbots keineswegs rosig: In Italien, Irland, Slowenien, Schottland und Deutschland hatte dieser Schritt den Verlust vieler Arbeitsplätze zur Folge.

AUSNAHMEN SIND AUCH IN ANDEREN LÄNDERN DIE REGEL

Der internationale Vergleich wird oftmals für die Behauptung genützt, Österreich hinke in Bezug auf Nichtraucherschutz in Europa hinterher. Immer wieder wird argumentiert, dass auch in wettermäßig unwirtlicheren Ländern das generelle Rauchverbot gut angenommen wird – Musterbeispiel ist hier Irland. Dabei wird jedoch verschwiegen, dass auch in diesen Ländern Ausnahmeregelungen zugelassen sind. In Irland beispielsweise gilt das Rauchverbot nur in geschlossenen Räumen. Viele Pub-BesitzerInnen behelfen sich mit Anbauten an das Lokal, die durch einen freigehaltenen Spalt als legale Raucherecke gelten. Oft sind diese »nicht geschlossenen Räume« zum Komfort beheizt – energiepolitisch nicht gerade wünschenswert. In Italien gibt es übrigens ähnliche Ausnahmeregelungen wie in Österreich, nur werden diese durch die Rahmenbedingungen vom Gesetzgeber so erschwert, dass die Inanspruchnahme durch kleinere Gastronomiebetriebe kaum leistbar ist.

SCHUTZ VON ARBEITNEHMERINNEN

Ein weiteres Argument, das gerne angeführt wird, ist der Schutz der ArbeitnehmerInnen vor Tabakrauch. Für diese gelten jedoch in der Gastronomie bereits jetzt besonders strenge Bestimmungen. Diese sind im Rahmen eines Sozialpartnerpapieres zum Nichtraucherschutz beschlossen worden. So dürfen Jugendliche nur überwiegend in Nichtraucherräumen beschäftigt werden. Arbeitssuchende NichtraucherInnen dürfen eine angebotene freie Stelle in der Gastronomie ohne Nachteile zu erwarten ablehnen, wenn sie dort Passivrauch ausgesetzt sind. Auch werdende Mütter genießen besonderen Schutz: Sie dürfen in Räumen mit Tabakrauch nicht

arbeiten und haben während des Beschäftigungsverbotes vollen Anspruch auf Wochengeld – schon weit vor Beginn des Mutterschutzes.

HOHER PREIS FÜR EINE VERMEINTLICH GESÜNDERE GESELLSCHAFT

Im Gegensatz zu Ämtern und Bildungseinrichtungen zählen Gastronomiebetriebe zum freiwillig betretbaren öffentlichen Raum. Ein Eingriff in die persönliche Entscheidungsfreiheit und persönlichen Rechte des Gastwirts und dessen Gäste ist daher eindringlich zu hinterfragen. Es drängt sich weiters die Frage auf, wo diese Entmündigung, die bei den RaucherInnen anfängt, enden soll. Wird demnächst wegen der schlechten Vorbildwirkung auch der Genuss von »ungesundem« Schweinsbraten im öffentlichen Raum verboten?

FOLGEN EINES GENERELLEN RAUCHVERBOTS

Die Bevölkerung lässt sich, wie bereits erwähnt, trotz eines generellen Rauchverbotes nicht vom Rauchen abbringen. Die negativen Auswirkungen dieser Maßnahme sind jedoch enorm: Ganz abgesehen von den bereits angeführten Umsatzeinbußen und der daraus resultierenden Gefahr für Arbeitsplätze und Lokalvielfalt, werden unzählige weitere Konflikte auf Gastronomie, Lokalbesucher und Gerichte zukommen: Wenn im Lokal nicht mehr geraucht werden darf, werden die Bereiche davor zur Raucherzone – das steht außer Frage. Leidtragende sind die AnrainerInnen, die dadurch jedenfalls einem erhöhten Lärmpegel ausgesetzt sind. Die Behörden müssen daher damit rechnen, dass mehr Beschwerden an sie herangetragen werden. Ein Beispiel aus der Praxis: Vor rund einem Jahr wurde ein Wirt im 7. Wiener Gemeindebezirk zur Strafzahlung verurteilt, weil sich einige seiner Gäste vor dem Lokal aufgehalten hatten. Unerwartet die Begründung: Nicht die Lärmbelästigung war der Stein des Anstoßes, sondern es wurde gegen die Straßenverkehrsordnung verstoßen. Weil die LokalbesucherInnen auch ihre Getränke nach draußen mitgenommen hatten, sei eine öffentliche Verkehrsfläche zu verkehrsfremden Zwecken missbraucht worden. Wird hier vom Gastronomen erwartet, seine Gäste auf Schritt und Tritt zu kontrollieren?

Wird das Rauchverbot weiter verschärft, fördert das nur die Kreativität, wenn es darum geht, die Regelungen zu umgehen. Die Einführung von »Geschlossenen Gesellschaften« oder RaucherInnenvereinen bzw. -clubs sind Exempel, wie Wirte in der Vergangenheit originell das Verbot umgangen haben.

WIE DIE »ÖSTERREICHISCHE LÖSUNG« BESSER UMGESETZT WIRD

Das Angebot an rauchfreien Zonen in Restaurants, Kaffee- und Wirtshäusern ist seit der Umsetzung des neuen Tabakgesetzes per Jahresbeginn 2009 ausreichend vorhanden. Niemand muss in verrauchten Lokalen sitzen. Bessere Lüftungsanlagen und abgetrennte Bereiche sorgen dafür, dass jeder ungestört von Zigarettenrauch seine Mahlzeit oder ein Getränk genießen kann. Was zuweilen fehlt, ist die Toleranz, auch dem Raucher oder der Raucherin seine/ihre Genusszigarette im Lokal zu gönnen – möglicherweise auch dadurch bedingt, dass es noch einige schwarze Schafe gibt, die sich nicht an die bestehenden Regelungen halten. Unser Appell richtet sich an alle KollegInnen in der Gastronomie, das derzeitige Tabakgesetz auch wirklich einzuhalten! Nur so ist ein respektvoller Umgang und ein »Partnerschaftliches Miteinander« möglich.

Wir ÖsterreicherInnen sind es gewohnt, friedlich Kompromisse zu schließen – bestes Beispiel dafür ist die Sozialpartnerschaft. Warum findet dieses Prinzip nicht auch in der Rauchverbot-Debatte Anwendung? In einer modernen Gesellschaft muss es möglich sein, im Lieblingslokal ungestört von Tabakrauch zu bleiben und trotzdem anderen das Rauchen in Gesellschaft nicht zu untersagen.

HEINZ POLLISCHANSKY

ist gelernter Buchhändler und betreibt fünf Lokale in Wien.

Der passionierte Gastwirt ist selbst Nichtraucher.





Jeff WallMonologue, 2013, LightJet-Abzug, 240 x 282,3 cm
© Jeff Wall und Marian Goodman Gallery, New York und Paris

JEFF WALL

KUNSTHAUS BREGENZ

Tableaux Pictures Photographs

1996 – 2013 18.10.2014 – 11.1.2015 www.kunsthaus-bregenz.at

In Kooperation mit dem Stedelijk Museum in Amsterdam und dem Louisiana Museum of Modern Art in Humlebæk präsentiert das Kunsthaus Bregenz mit Jeff Wall einen der zugleich innovativsten und auch klassischsten Künstler seiner Generation.

Seine Auseinandersetzung mit Fotografie begann bereits in den späten 1960er Jahren. Seit 1970 präsentiert er großformatige Bilder, häufig als Diapositive in Leuchtkästen, wie sie auch aus der kommerziellen Werbung bekannt sind. Dabei ließ sich Wall nie auf eine bestimmte Größe oder eine Art der Präsentation seiner Bilder festlegen, sondern variierte zwischen den Formaten ebenso wie zwischen Leuchtkästen und regulären Farbabzügen. Heute kaum noch nachvollziehbar galt beides zu dem Zeitpunkt, als Jeff Wall diese Präsentationsformen zum ersten Mal einsetzte, im Ausstellungskontext als absolutes Novum, da — wenn überhaupt — lediglich Schwarz- Weiß-Fotografien als ernsthafte Exponate im Museumskontext verhandelt wurden.

Durch das Mittel der Inszenierung, dem bewussten Einsatz von unterschiedlichen Größen und Formaten sowie dem einfühlsamen Umgang mit Farbe besetzt Wall eine einmalige Position. In seinen Aufnahmen hinterfragt er kritisch die traditionelle Ästhetik der Fotografie und entwickelt gleichzeitig eindrucksvolle Bilder oder »Tableaux«, worin sich mitunter komplexe Geschichten verdichten. Die Spannbreite seiner Themen reicht von menschlichen Beziehungen und zeitgenössischen gesellschaftlichen Fragen bis hin zur fantasievollen Künstlichkeit der Inszenierung. Inspirieren lässt er sich von Strategien und Motiven aus der Malerei, der Fotografie und dem Film. Häufig erinnern seine von ihm als »kinematografische Fotografien« bezeichneten Aufnahmen an Filmstills, Historienbilder oder Studien sozialer Milieus. In der Regel basieren sie auf Ereignissen oder Situationen, die der Künstler selbst erlebt oder beobachtet hat, und die er anschließend für die Kamera rekonstruiert. Ähnlich wie bei Filmproduktionen entstehen auch bei Jeff Wall im Rahmen aufwendig konstruierter Kulissen und in Zusammenarbeit mit Assistenten sowie - seit dem Beginn der 1990er Jahre - mithilfe digitaler Technologien überraschend detailreiche Aufnahmen.





Jeff WallAfter »Invisible Man« by Ralph Ellison, the Prologue, 1999-2001
Großbilddia in Leuchtkasten, 174 x 250,5 cm, © Jeff Wall

»Diese patriarchale Sichtweise des Geschlechterverhältnisses prägte auch die sozialistische Theorie und Praxis. Es kommt nicht von ungefähr, dass es kein Pendant zu Bebels Buch ›Die Frau und der Sozialismus‹ gibt. Der Mann kann offenbar auch im Sozialismus bleiben wie er ist.» (Feigl 1993: 39)

Die Quote der Glaubwürdigkeit

In ihrem Beitrag nimmt Sonja Ablinger zur aktuellen Quotendiskussion in der SPÖ Stellung und bettet sie in die historische Entwicklung dieser Debatte in der Sozialdemokratie ein. Die Quotenregelung sei keine formale und mathematische Angelegenheit, sondern ein Instrument gegen die strukturelle Benachteiligungen von Frauen. Es sei daher kein Zufall, dass parallel zur Abwertung und Ignoranz der Quotenregelung auch wichtige frauenpolitische Themen, wie die eigenständige ökonomische Sicherung von Frauen, wieder stärker in den Hintergrund gerückt seien.

ohanna Dohnal schrieb am 5. Dezember 1986 in der Arbeiterzeitung einen Beitrag¹ mit dem Titel »Ihr seid noch einmal davongekommen – oder: Ist die Quotenregelung gescheitert.« Hintergrund für ihren Text war der Frauenanteil bei den spö-Mandaten im Nationalrat nach den Nationalratswahlen am 23. November 1986. Von den 80 Abgeordneten der spö waren lediglich neun Frauen, also elf Prozent. Die damals schon gültige Quotenregelung hätte allerdings einen Frauenanteil von 25 Prozent erfordert.

Johanna Dohnal leitet ihren Text mit der Feststellung ein: »Die Quotenregelung kann nicht scheitern. Sie ist eine selbstauferlegte Zielvorgabe.« Und weiter: »Die Quotenregelung
ist nicht gescheitert. Gescheitert sind wir am Widerstand, an
der Taktik und an der Überzahl der Genossen. Und an ihrer
Brüderlichkeit.« Johanna Dohnal hielt in diesem Text auch
fest: »Die Quotenregelung ist der sichtbare Beweis einer jahrzehntelangen Männerignoranz« und kündigte abschließend
an: »Diesmal, Genossen, sei ihr noch davongekommen ... das
nächste Mal nicht mehr.« 30 Jahre danach scheitern Frauen
noch immer am »Widerstand der Brüder«. Johanna Dohnal
hatte sich – in diesem Fall – geirrt.

QUOTENREGELUNG 1985 BESCHLOSSEN

Die SPÖ beschloss 1985 als erste politische Partei Österreichs eine Quotenregelung (mindestens 25 Prozent Frauen) für die Zusammensetzung ihrer Gremien und bei der Erstellung ihrer KandidatInnenlisten. 2003 wurde der Mindestanteil auf 40 Prozent Frauen und 40 Prozent Männer erhöht. Ursprünglich hätte schon 1985 eine 40-Prozent-Quote beschlossen werden sollen, aber im Vorfeld wurde deutlich, dass es große Widerstände der Männer gegen diesen Antrag gab. Die Frauen haben darum ihren eigenen Antrag auf 25 Prozent abgeschwächt.

Durchgesetzt werden konnte selbst dieser aufgeweichte Vorschlag nur, weil die weiblichen Delegierten drohten, ansonsten geschlossen den Parteitag zu verlassen. Johanna Dohnal nahm als Protest gegen diesen Kompromiss am Parteitag nicht teil. (Vgl. Niederkofler 2013)

ERFOLG DER FRAUENORGANISATION

Schon rund um die Beschlussgeschichte zur Geschlechterquotenregelung lässt sich ihre Ambivalenz erkennen. Die Verankerung der Quotenregelung im Organisationsstatut der spö war – trotz der Zugeständnisse und Zögerns – ein Erfolg der Frauenorganisation. Sie hat über Jahre Druck gemacht und mobilisiert und für die notwendige Statutenänderung am Parteitag eine Mehrheit hergestellt. Später wurde die Frauenquote erhöht und die Bestimmungen zur Umsetzung wurden verschärft. Die Quote zeigte Wirkung. Langsam aber beständig stieg der Frauenanteil in den Gremien und Parlamenten. Der Prozentanteil weiblicher Abgeordneter wurde erstmals zweistellig und kletterte langsam auf 25, 30 Prozent. Ohne Quotenregelung wäre es dazu nie gekommen. Viele Frauen hätten ohne diese Verpflichtung nie die Chance erhalten, in politischen Gremien mitzubestimmen.

Der Beschluss markiert auch ein Abgehen der Frauen vom »Bestreben nach ›Harmonie‹ in Richtung mehr Konfrontation« (Krizanic-Fallmann 1993: 576), das bis dahin die Frauenorganisation prägte. Es war ein Bruch mit dem bisherigen Selbstverständnis der sozialdemokratischen Frauenorganisation und signalisierte die gestiegene Konflikthaftigkeit der spö-Frauen, sogar die Bereitschaft, in Auseinandersetzungen an die Öffentlichkeit zu gehen. Die Frauenorganisation hatte Durchsetzungskraft bewiesen.

Sie konnten dabei auch auf die Erfahrungen rund um die Durchsetzung des Schwangerschaftsabbruchs zurückgreifen. Die Abschaffung des Abtreibungsverbots wurde in Österreich zur ersten gemeinsamen Aktion der Zweiten Frauenbewegung: autonome Frauengruppen, feministische Initiativen, sozialdemokratische und kommunistische Frauen mobilisierten gemeinsam für das Recht der Frauen auf Schwangerschaftsabbruch. Der öffentliche Druck führte in der Folge auch zum notwendigen Meinungsumschwung innerhalb der männlichen Parteiführung. Die Regierungsvorlage des sozialdemokratischen Justizministers Christian Brodas hatte noch eine Indikationenlösung vorgesehen. Diese Vorlage musste er auf Druck der Frauen zurücknehmen. (Vgl. Mesner 1993: 450f)

HÄUFIGER IGNORIERT ALS EINGEHALTEN

Die Quotenregelung, von den Frauen durchgesetzt, wurde in Wahlkampfzeiten in der Folge auch gerne von Männern als Beispiel für die Glaubwürdigkeit der spö ins Treffen geführt. Als Signal an Wählerinnen war es ein beliebtes Beiwerk in Reden, wenn es darum ging, die Stimmen der Frauen für die spö zu gewinnen. Bei der Präsentation der KandidatInnen war man bemüht, ein ausgewogenes Bild zu zeichnen und die Wahllisten im Reißverschlussprinzip wurden als Ausweis für Geschlechtergerechtigkeit vorgelegt. Mit der Quotenregelung konnte ein frauenpolitischer Anspruch zufrieden gestellt werden. Gleichzeitig war sie ein Werbeschild in Wahlkampfzeiten.

Allerdings wurde und wird die Quote auch 30 Jahre nach Beschluss häufiger ignoriert als eingehalten. Fifty-Fifty bei den Mandaten gibt es nur in wenigen Fraktionen der neun Landtage in Österreich. Im Nationalratsklub geht der Frauenanteil sogar stark zurück.

Die Ambivalenz zeigt sich aber nicht nur in der häufigen Missachtung, sondern auch darin, dass es nie gelang, die Durchsetzung der Geschlechterquote zum gemeinsamen Anliegen der Partei zu machen. Es waren immer die Frauen, die sie einfordern mussten und es waren immer Frauen, die sie rechtfertigen mussten. Es waren immer Frauen, die ihre Qualifikation unter Beweis stellen mussten. Die Quotenregelung blieb Frauensache, ihre Einhaltung blieb im Ungefähren.

Das – so heißt es nun – wird aber jetzt ganz anders. Jetzt wird die Quotenregelung mit einem sogenannten Durchgriffsrecht versehen. Am Parteitag Ende November 2014 soll eine Statutenänderung beschlossen werden, die als verschärfte und strengere Quotenregelung angekündigt wird. Bei genau-

erem Hinsehen stellt sich allerdings heraus, dass so scharf nicht gegessen werden wird, wie gekocht wird: Eine Verschärfung der Quotenregelung lässt sich darin nicht erkennen. Tatsächlich wird nämlich in einem ganz wesentlichen Punkt die Quotenregelung ausgehebelt.

Im Paragraf 16 im Organisationsstatut ist die Nachrückung bei Ausscheiden aus einem Mandat geregelt. Dort heißt es bisher: «Scheidet ein/e MandatarIn, unabhängig aus welchem Grund, aus, ist durch Nachrückung sicherzustellen, dass die Einhaltung der Quote erhalten bleibt bzw. erzielt wird." Diesem Absatz wird nun ein Halbsatz eingefügt, wonach die Frauenquote nur noch »unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen« einzuhalten ist. Im Klartext bedeutet es, dass Männer hinkünftig nicht mehr für einen gerechten Frauenanteil im Parlament verzichten sollen. In anderen Fällen kann durchaus verzichtet werden. Denn dieser Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen wird nur bei der Quotenregelung eingeführt, in allen anderen Fällen heißt es weiterhin im Statut, dass bei Freiwerden eines Nationalratsmandates der Bundesparteivorstand entscheidet, wer in den Nationalrat berufen werden soll - ohne Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen und mit Verzichtsmöglichkeit. Die Quotenregelung bleibt also weiterhin Frauensache - um die sich besonders die Frauen anzunehmen haben.

QUOTE AUF TÖNERNEN FÜSSEN

Die Sonderrolle der Frauen ist bis heute im Organisationsstatut der spö festgeschrieben. Darin heißt es, dass die Frauenorganisation für »besondere Arbeit unter den Frauen« zuständig ist, die im »Einvernehmen mit den zuständigen Parteiorganisationen zu wirken haben«². Das macht die Ambivalenz deutlich. Die Frauen sind ein »Sonderfall«, der von der männlichen Norm abweicht. Noch 1989 musste am Parteitag der gewählte Frauenvorstand von den Delegierten bestätigt werden (erst danach wird er »nur« noch zur »Kenntnis genommen«). Die »speziellen« Interessen der Frauen(organisation) sind mit den allgemeinen, also männlichen Vorstellungen ins Einvernehmen zu setzen. Es sind also die Frauen, die sich anpassen, lernen, aufholen und vor allem abwarten müssen. Die Männer bleiben – laut Statut – in der Tabuzone und die Quote bleibt – trotz Statut – immer auf tönernen Füßen.

Der Erfolg der Quote wird auch durch vielfältige Mikropraxen (der Vertröstung und Umgehung, des Stillschweigens und Belächelns) des »männlichen Normalfalls« ihrer Wirkung beraubt. Die Frauenquote muss immer wieder begründet werden. In all den Kämpfen um Durchsetzung und Einhaltung der Geschlechterparität musste viel Ausdauer und Energie aufgewendet werden, womit für das Eigentliche wenig Ressourcen überblieben. Die doppelte Aufgabe bestand ja darin, einerseits die patriarchalen Strukturen aufzubrechen und gleichzeitig die inhaltliche Positionierung mitzubestimmen. Die 80%-Männerquote, die patriarchale Parteikultur mit all ihren Ausschlussmechanismen stand und steht selten unter Rechtfertigungsdruck. Johanna Dohnal drückte es pointiert aus: »Die Verantwortungslosigkeit der Männer nennen wir Frauenfragen.«

FEMINISTISCHE POLITIK

In all den Auseinandersetzungen um die Einhaltung, Abwertung und Ignoranz der Quotenregelung ist dabei ihre zentrale Bedeutung ins Hintertreffen geraten: die Quote ist keine mathematische Angelegenheit, sondern sie ist gleichsam erst die Voraussetzung für die Durchsetzung feministischer Politik. Die gleichberechtigte Mitbestimmung von Frauen in politischen Gremien ermöglicht überhaupt erst, dass strukturelle Benachteiligungen und die Überwindung von Frauendiskriminierung in parlamentarischen Entscheidungen relevant werden.

Es ist umso augenfälliger, dass die bedeutsamen frauenpolitischen Themen in den letzten Jahren – nicht erst durch
die Wirtschaftskrise – immer mehr ins Abseits geraten. Das
politische Bekenntnis zur ökonomischen Eigenständigkeit
von Frauen (in Form von wirksamen Maßnahmen gegen die
Einkommensschere, gegen den rasanten Anstieg prekärer Beschäftigungsverhältnisse oder gegen weibliche Altersarmut)
verschwindet zusehends von der politischen Tagesordnung.

Vor diesem Hintergrund ist der stete Rückgang der Frauen im spö-Nationalratsklub (von 38% im Jahre 2006 zu nun unter einem Drittel) und die seit Jahrzehnten vielfach verweigerte Durchsetzung des Mindestanteils von Frauen in politischen Ämtern, die Widerspiegelung des schwindenden Interesses an Gleichstellung und Gleichberechtigung. Er ist auch das sinnbildliche Pass-Stück der neoliberalen Wendung der Partei. Die Sozialdemokratie hat sich »auf dem dritten Weg« ihrer frauenpolitischen Meinungsführerschaft entledigt, wie Eva Kreisky es formuliert:

»Indem sich die Sozialdemokratie als Partei der ›neuen Mitte‹ einzurichten begann (vgl. Blair, Schröder, Vranitzky/ Klima), verlor sie ihre bis dahin unangefochtene frauenpoli-

tische Meinungsführerschaft. Antifeministische Einstellungen gewannen zunehmend an Boden, feindselige Haltungen gegenüber Feministinnen verstärkten sich, sozialdemokratische Frauenpolitikerinnen, die eine Brücke zu feministischen Projekten und Bewegungen geschlagen hatten, wurden abgefertigt und aus dem politischen Kräftefeld gedrängt (1995 Johanna Dohnal, 1997 Helga Konrad). Der verbindende Strang zwischen Sozialdemokratie und feministischer Bewegung (innerhalb und außerhalb der Partei) war nun durchbrochen.« (Kreisky 2013)

Genau dieser von Kreisky angesprochene Strang zwischen Sozialdemokratinnen und Feministinnen, die Bündnisarbeit von sozialdemokratischen Frauen, autonomer Frauenbewegung und feministischen Aktivistinnen hat nicht nur die Quotenregelung (trotz ihrer widersprüchlichen Erfolgsgeschichte), sondern auch andere wesentliche frauenpolitische Erfolge wie das Recht auf Schwangerschaftsabbruch und das Gleichbehandlungspaket – ein umfassender arbeits- und sozialrechtlicher Maßnahmenkatalog – möglich gemacht.

Auch die Bewegung um das Frauenvolksbegehren³ 1997 hat gezeigt, wie breit die Bündnisse zwischen Frauen und auch Männern sein können: 11% der Wahlberechtigten bzw. knapp 650.000 Menschen haben damals für einen »Ruck in der Geschlechterpolitik« unterschrieben. Was die Anzahl der UnterzeichnerInnen betrifft, war es das sechst-erfolgreichste Volksbegehren der 2. Republik. Die Umsetzung scheiterte allerdings fundamental, da befand sich die offizielle Frauenpolitik schon »im harmonisierenden Sog des Gender Mainstreaming (...) und verharrte an der Peripherie einer im Grunde abflauenden Frauenbewegung.« (Kreisky, ebda.) – die Feministinnen in der spö konnten nur noch wenig bewirken.

DIE GRÖSSTEN WAHLERFOLGE

Sozialdemokratische Frauenpolitik hatte ihre Erfolge und Durchsetzungskraft gerade dort, wo sie sich ins Bündnis mit einer fordernden Frauenbewegung setzte. Das hat in der Folge sozialdemokratische Politik für viele Frauen wählbar gemacht. Die größten Wahlerfolge der spö fallen nicht zufällig in die Zeit des frauenpolitischen Aufbruchs der 2. Republik. So entfielen bei der Wahl 1975 etwa 55% der gültigen weiblichen Wählerstimmen auf die spö, Männer entschieden sich »nur« zu 49% für die Sozialdemokratie. Für die övp entschieden sich lediglich 40% der Frauen (Vgl. Hofinger/Ogris). Es darf vermutet werden, dass sich der Stimmungsumschwung bei den Frauen (neben der Einführung der Individualbesteuerung und

der Familienrechtsreform) auch auf das Engagement der spö für die Fristenlösung begründet.

Von Wahlerfolgen und frauenpolitischem Aufbruch ist die Sozialdemokratie heute weit entfernt. Der Verlust ihrer Anschlussfähigkeit wurzelt in ihrer »Transformation zur Marktsozialdemokratie« (Vgl. Nachtwey 2007). Schlagworte wie Modernisierung, Flexibilisierung der Arbeitswelt, Effizienz freier Märkte, der schlanke Staat und die Wettbewerbsfähigkeit sind in den 1980er Jahren in die Sozialdemokratie eingesickert. Sozialdemokraten wollten nun »fordern und fördern«. Die »solidarische Hochleistungsgesellschaft« ersetzte in ihrer Programmatik die klassenlose Gesellschaft. Solidarität wurde unter Bedingungen gestellt. (Nachtwey ebda.) Die hervorgerufenen Legitimationsprobleme in der Sozialdemokratie sind enorm.

Den Druck, der außen auf sie eindringt, gibt sie nach innen weiter. Autoritäre Verhältnisse innerhalb der Partei nehmen in dem Maße zu, wie ihre Legitimitätsprobleme größer und ihre Wahlerfolge kleiner werden. Zentrale Entscheidungen der europäischen Krisenpolitik werden in Ausblendung differenzierter Analysen über die Auswirkungen von Austeritätspolitik durchgepresst und entlang einer Rhetorik der Sachzwänge als »alternativenlos« verteidigt. Die Durchsetzung eines Entscheidungsstils, der sich dem Prinzip »der Parteivorsitzende hat entschieden« verschreibt, begünstigt insgesamt die Ausdünnung der Meinungsfindungsprozesse. Das verläuft laut dem Politikwissenschaftler und Parteienforscher Franz Walter nach immer gleichem Muster:

»Ein kleiner Zirkel bereitet [...] vor, prescht dann überfallsartig mittels der Massenmedien in die Öffentlichkeit, stellt so – mit der Mahnung, Geschlossenheit und Disziplin zu wahren – den Rest des Mittelbaus und der Basis vor finale Tatsachen. Der Putsch von oben ist zur Methode sozialdemokratischer Oligarchien im Prozess der organisatorischen Auflösung und ideologischen Entleerung der Partei geworden.« (Walter 2009: 91)

Das bleibt nicht ohne Folgen für den innerparteilichen Zusammenhalt und die Bindungskraft. Am Ende bleiben der Partei lediglich die »beruflich an der spö Interessierten«: Parteiangestellte und MandatarInnen, die, wenn sie dagegenhalten wollen, vereinzelt kämpfen und sich auf verlorenem Boden befinden.

In einer auf diese Weise entdemokratisierten und entkoppelten Partei sind zwar inhaltlich fast alle Wendungen möglich, aber keine aufwändigen Debatten und ernsthaften Auseinandersetzungen über Alternativen zum neoliberalen Mainstream. In diesem Klima werden die demokratischen Grundfragen einer Gesellschaft wie Frauenfragen das eben sind, verdeckt, ausgeblendet oder als »Orchideenthemen« und »Luxusprobleme« vom Verhandlungstisch gewischt.

Welche Folgen diese Ausblendung hat, zeigte sich erst jüngst in der hochaktuellen Frage der Arbeitslosigkeit und in diesem Zusammenhang in der ungleichen Zuerkennung von Beiträgen aus der Arbeitslosenversicherung. Heuer im September hat sich nämlich etwas Interessantes zugetragen: Kritik wurde laut, weil Nebenerwerbsbauern nach einem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofs vom Dezember 2013 kein Arbeitslosengeld und keine Notstandshilfe mehr erhalten, wenn der Einheitswert ihres Betriebes 1.500 Euro überstieg. Der Bauernbund protestierte und viele Medien berichteten darüber. Sozialminister Hundstorfer zeigte Verständnis für die Proteste der Nebenerwerbslandwirte und reagierte rasch. Im Oktober beschloss der Ministerrat eine Änderung. Nun erhalten die Nebenerwerbsbauern wieder ihre Leistung aus der Arbeitslosenversicherung – und zwar rückwirkend ab 1. Jänner 2014. Zu Recht.

Anders fällt allerdings die Antwort des Ministers auf die langjährige Forderung aus, langzeitarbeitslosen Frauen, unabhängig vom Partnereinkommen, die Notstandshilfe auszuzahlen. Hier sei, so der Minister, eine »Entkoppelung der Notstandshilfe vom Partner-Einkommen weder zielgerichtet noch finanzierbar«⁴. Und so bleibt die Ungleichbehandlung bestehen. Frauen wird die Notstandshilfe nicht ausbezahlt, wenn der Partner mehr als 1.200 Euro verdient. Den Betroffenen wird die Notstandshilfe vorenthalten, obwohl diese Frauen jahrelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben.

An diesem konkreten Beispiel kann man und vor allem frau ablesen, welche Blüten das »Orchideenthema Frauenfrage« treibt. Es sagt viel über die »Hegemonie des patriarchalen Denkens« aus. Diese »ist nicht begründet in dessen Überlegenheit (...) sondern »darauf, dass alle anderen Stimmen zum Schweigen gebracht worden sind – das Abweichende musste entmutigt und lächerlich gemacht (...) werden«, wie es die feministische Historikerin Gerda Lerner präzisiert. (Lerner, 1993: 333)

Die Quotenregelung ist – in dieser Lesart zu Lerner – ein Instrument, die notwendige Vielstimmigkeit in Entscheidungsprozessen zu garantieren. Welche Entscheidungen getroffen, welche Stimmen und Ansichten gehört werden, das hat ganz konkrete Auswirkungen. Sie ist auch der Gradmesser für die demokratische Verhandlung von Geschlechterfragen. Die Glaubwürdigkeit der spö misst sich auch daran, ob die Forderung nach Gleichheit lächerlich gemacht wird oder eine selbstauferlegte Zielvorgabe ist. Die Antwort der spö fällt zur Zeit ziemlich eindeutig aus.

§97. Eine Reform mit Hindernissen, in: Beharrlichkeit, Anpassung und Widerstand, Die Sozialdemokratische Frauenorganisation und ausgewählte Bereiche sozialdemokratischer Frauenpolitik. 1945-1990, Wien 1993, 377-513 | Niederkofler, Heidi: Von der Hälfte des Himmels, oder: Die Geduld der Frauen ist die Macht der Männer. Geschlechterdemokratie und Quotendiskussion in der SPÖ, in: Maria Mesner, Heidi Niederkofler, Hg., Johanna Dohnal. Eine politisches Lesebuch, Wien 2013, 268-279 | Walter, Franz: Im Herbst der Volksparteien?: Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration, 2009

SONJA ABLINGER

war Mitglied des Nationalrats und Vorsitzende der oberösterreichischen spö-Frauen.

FUSSNOTEN

- I. Der Kommentar von Johanna Dohnal in der AZ ist verlinkt auf meiner Homepage in dem Beitrag: »Die Quote ist nicht kompliziert, man muss sie nur anwenden.« Verfügbar unter: http://www.sonja-ablinger.at/?p=704
- 2. Die Frauenorganisation Oberösterreich hat diesen Passus mit einem Statutenbeschluss geändert. Im SPOÖ-Statut heißt es nun: »Für die Festlegung der politischen Leitlinien und Aktivitäten der sozialdemokratischen Frauenarbeit ist der Landesfrauenvorstand (...) verantwortlich.«
- Text und Ergebnis des Frauen Volksbegehrens sind verfügbar unter: http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XX/I/I_00716/fname_139596.pdf
 [Datum des Zugriffs: 3.11.14].
- 4. siehe Bericht im Standard aus 2012: http://diestandard.at/1334795850482/ Sozialversichungsleistungen-Wie-der-Notstand-zur-echten-Not-wird

LITERATUR

Bücker, Teresa: Aufbruch ins Netz, blogbeitrag über #aufschrei. http:// flannelapparel.blogspot.de/2013/07/aufbruch-ins-netz.html [6.11.14] Feigl, Susanne: »Die besondere Arbeit unter den Frauen« Organisation und Agitation, in: Beharrlichkeit, Anpassung und Widerstand, Die Sozialdemokratische Frauenorganisation und ausgewählte Bereiche sozialdemokratischer Frauenpolitik. 1945-1990, Wien 1993, 7-174 | Hofinger, Christoph/Ogris, Günther: Achtung gender gap! Geschlecht und Wahlverhalten 1979 - 1995, http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/hofingerogris.pdf [6.11.14] | Krizanic-Fallmann, Astrid: »Mehr Frauen in die Politik!«. Intentionen und Strategien, in: Beharrlichkeit, Anpassung und Widerstand, Die Sozialdemokratische Frauenorganisation und ausgewählte Bereiche sozialdemokratischer Frauenpolitik. 1945-1990, Wien 1993, 515-600 | Kreisky, Eva: Vom goldenen Zeitalter der Frauenpolitik ... in: Johanna Dohnal Ein politisches Lesebuch. Wien 2013 | Lerner, Gerda: Entstehung des feministischen Bewusstseins. Frankfurt. 1993 | Nachtwey, Oliver: Gerechtigkeitsprobleme der Marktsozialdemokratie, in: Initial - Berliner Debatte, 2007, http://www. linksnet.de/de/artikel/20745 [6.11.14] | Mesner, Maria: Vom §144 zum





Jeff WallPasserby,1996, Silbergelatine-Abzug, 250,2 x 339,6 cm
© Jeff Wall und Kunstmuseum Wolfsburg

Für einen organisatorischen Aufbruch

In seinem Beitrag skizziert Wolfgang Moitzi anlässlich des Bundesparteitags am 28. November wo er dringenden organisatorischen Reformbedarf sieht, um die Sozialdemokratie als attraktive Mitgliederpartei zu positionieren. Zentral für ein Gelingen einer organisatorischen Neuaufstellung sei dabei aber auch eine umfassende politisch-grundsätzliche Akzentuierung.

eit Jahrzehnten schon verschärft sich die strukturelle Krise und inhaltliche Orientierungslosigkeit der spö. Dies schlägt sich in den Wahlergebnissen nieder – innerhalb von knapp über 30 Jahren (1979–2013) ist die Spö von 51 auf 27 Prozent der WählerInnenstimmen abgestürzt. Aber nicht nur unsere Wahlergebnisse erodieren, auch die über Jahrzehnte beschworene Organisationsstärke ist ein Schatten ihrer selbst: Verfügte die spö 1979 noch über 720.000 Mitglieder, so nähern wir uns im Jahr 2014 der 200.000er-Marke - Tendenz weiter fallend. Die Schlussfolgerung aus den Mitgliederverlusten und den schlechten Wahlergebnissen kann aus meiner Sicht nur eine inhaltliche Erneuerung und eine strukturell-organisatorische Reform der Partei sein, sofern man nicht will, dass sich die spö zu einem reinen (Kanzler-)Wahlverein wird und/oder sich vom Mitgliederprinzip vollständig verabschiedet.

Diesem längst überfälligen Schritt in Richtung Erneuerung dürfen nicht Besitzstandwahrung und der bloße Erhalt von Funktionen im Weg stehen, wie wir es zur Zeit leider bei der angestoßenen Debatte um ein neues Parteiprogramm erleben. Im Gegenteil: Alles sollte auf den Prüfstand – ein grundlegender Veränderungswille macht eine ehrliche und gründliche Analyse der Lage der spö unumgänglich. Zudem braucht es ein scharfes inhaltliches Profil statt Inhaltsleere und Beliebigkeit, um auch bei der Bevölkerung wieder greifbar zu sein und punkten zu können. Das Beispiel Kreisky zeigt, dass die spö, wenn sie sowohl inhaltlich als auch organisatorisch auf der »Höhe der Zeit« ist, für Mitglieder attraktiv ist. Denn allein zwischen 1970 und 1971 konnten durch ein attraktives Programm und eine Aufbruchsstimmung in der Sozialdemokratie über 100.000 neue Mitglieder gewonnen

werden. Der folgende Beitrag soll sich mit den meiner Meinung nach größten organisatorischen Problemfeldern befassen und Vorschläge für eine verbesserte Organisationsstruktur skizzieren.

FÜR EINE STARKE ZENTRALE

Eine besonders herausragende Stellung in der Organisation hatte die Funktion des/der – nicht umsonst bis vor wenigen Jahren so genannte – Zentralsekretärs (heutige Funktion des/der BundesgeschäftsführerIn) der spö. Durch das dichte Netz der Parteiorganisation inklusive der Nebenorganisationen und dem großen hauptamtlichen Apparat, konnte die spö von der Löwelstraße aus vom Boden- bis zum Neusiedlersee eine ungemein starke Kampagnenfähigkeit entwickeln. Während der schwarz-blauen Bundesregierung führte aber einerseits der Gewinn der schwarzen »Kernländer« Salzburg und Steiermark zu einer zunehmenden Föderalisierung der zentralistischen spö. Einschneidender und der finanziell schwierigen Lage der spö geschuldet, war der Übergang der BezirkssekretärInnen von der Zuständigkeit der Bundesorganisation hin zu den Landesorganisation.

Das half zwar, die Partei finanziell zu gesunden, führte jedoch dazu, dass die Bundespartei noch beschränkter auf den großen Pool der hauptamtlichen MitarbeiterInnen zugreifen konnte als zuvor. Heutzutage erleben wir oft, dass Organisationsaufgaben für die Bundespartei, wenn überhaupt, nur als notwendiges Übel angesehen werden und viele Landesparteien – wie das Beispiel des neuen Parteiprogramm zeigt – ihr eigenes »Süppchen« kochen. Es bräuchte aber ein gemeinsame Kraftanstrengung und nicht neun unterschiedliche Organisationsreformen, damit die spö den organisatorischen Sprung

ins 21. Jahrhundert schafft. Solch ein Prozess der – zentral koordinierten – Stärkung, Demokratisierung und Erneuerung darf aber nicht mit einer undemokratischen Zentralisierung verwechselt werden. Daher müsste es zu einem viel stärkeren Austausch, der Einbindung und Anbindung (SekretärInnentagungen, Arbeitsgruppen mit Einbindung der Länder uvm.) der Strukturen untereinander kommen, sodass auch ein neues gemeinsames »Wir« in der spö entstehen kann.

ÖFFNUNG FÜR NEUE ZIELGRUPPEM

Wichtig ist auch zu definieren, für welche neuen Zielgruppen sich die Partei öffnen soll bzw. muss. Dafür müssen meiner Meinung nach Jugendliche, Arbeitssuchende und Menschen mit Migrationshintergrund in den Blick genommen werden, denn die spö ist noch immer eine Partei der Männer mittleren Alters. Es braucht aber eine Diversitätspolitik und Inklusionspolitik, welche sich in einer offenen und wertschätzenden Haltung der spö gegenüber einer vielfältigeren österreichischen Gesellschaft niederschlagen. Neue Zahlen für Wien sagen zum Beispiel, dass bereits 24% der wahlfähigen Bevölkerung nicht mehr wahlberechtigt sind, aufgrund des fehlenden Zugangs zur Staatsbürgerschaft. Wenn die spö sich als Demokratiebewegung ernst nimmt, muss sie mit dem Mitmach-Angebot auch ein deutliches Signal setzen, dass sie diese Menschen zu österreichischen BürgerInnen machen will - daher einen politischen Willen zu entwickeln, das restriktivste aller europäischen Staatsbürgerschaftsregime dringend zu öffnen.

SPÖ ALS MITMACHPARTEI

Die spö definiert sich meiner Meinung noch immer zu Recht und seit ihrer Gründung als Mitgliederpartei. Wir wissen aber auch, dass die Bindungen zu Institutionen und somit auch zu Parteien immer brüchiger werden. Auch wenn durch diese Entwicklung immer wieder Stimmen laut werden, ob eine starke Parteiorganisation überhaupt noch notwendig und zeitgemäß ist, zeigt sich vor allem bei vielen außerparlamentarischen Initiativen und sozialen Projekten, dass viele Menschen bereit sind, sich für Veränderung lokal oder regional zu engagieren. Dafür muss die spö aber die Rahmenbedingungen schaffen und Partizipation in einem viel stärkeren Maß als bislang zulassen. Denn die Zeiten, wo viele über Jobs oder die Vergabe von Wohnungen zur Sozialdemokratie gekommen sind, sind unwiederbringlich vorüber. Das Einzige, was eine moderne Partei Mitgliedern auch in Zukunft anbieten kann, ist Mitsprache und Partizipation an politischen Aushandlungsprozessen, auf allen Ebenen. Es reicht eben nicht mehr, nur ihren Mitgliedsbeitrag zu kassieren und dafür keine Mitbestimmung zu bieten.

Wir brauchen aber Mitglieder und eine starke Organisation, denn unsere Organisation ist unser wichtigstes Interventionsinstrument, um unseren Veränderungsanspruch auch tatsächlich in die Tat umzusetzen. Will die Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert eine führende Rolle spielen, muss sie eine Mitmachpartei werden, die an den Lebensrealitäten der Menschen andockt, die politische Organisierung vor Ort vorantreibt und Mitgestaltungsmöglichkeiten bietet. Bruno Kreiskys legendärer Satz »Wir müssen alle Lebensbereiche mit Demokratie durchfluten« gilt für nichts und niemanden so sehr wie für die spö im Jahr 2014.

Folgend möchte ich Möglichkeiten einer verstärkten Einbindung von Mitgliedern anreißen:

 Urabstimmungen über wesentliche politische Weichenstellungen

Die SPD hat uns – wenn auch nicht politisch, so zumindest organisatorisch – vorgezeigt, wie eine moderne Einbindung der Mitglieder funktionieren kann: Sie hat alle Mitglieder in einer Urabstimmung über den Koalitionsvertrag abstimmen lassen und 369.680 SPD-Mitglieder haben sich am Mitgliedervotum beteiligt – eine Quote von 78 Prozent. Das zeigt, dass die Mitglieder nicht nur im Wahlkampf für die Partei »rennen« wollen, sondern auch am Tag nach der Wahl wertgeschätzt und eingebunden werden wollen. Aber auch in Österreich haben über 150 Sektionen, Orts- und Stadtparteien innerhalb kürzester Zeit eine solche Einbindung gefordert. Das Beispiel der deutschen Sozialdemokratie hat auch gezeigt, dass tausende neue Mitglieder durch die Urabstimmung angeworben werden konnten.

• Bundesparteirat als jährlicher Themenrat

Der Parteirat soll als kleiner Parteitag mit Beschlussrecht fungieren. Die Funktion des Parteirats soll erweitert werden, welcher sich speziellen Debatten widmet und zu dessen Vorbereitung gewählte Arbeitsgruppen (auch mit außenstehenden ExpertInnen, Möglichkeit der Teilnahme von »einfachen« Mitgliedern usw.) einberufen werden sollen. Die Themenverantwortlichen für den Parteirat können beim Bundesparteitag gewählt werden. Damit soll es endlich gelingen, Themen im Vorfeld breit zu diskutieren – im Idealfall bis zu den untersten Strukturen – und die Mitglieder besser einzubinden.

• Listenerstellung erneuern

Um die Durchmischung und Erneuerung der MandatarInnen zu fördern, sollen erhöhte Quoren für all jene Mandatarinnen und Mandatare, die bereits zwei Perioden gedient haben gelten. Eine dritte Kandidatur soll künftig nur nach Erreichen einer Zweidrittelmehrheit bei der Listenerstellung möglich sein. Weiters sollen alle Parteimitglieder im jeweiligen Organisationsbereich die Möglichkeit haben, bei parteinternen Vorwahlen die KandidatInnenliste mitzubestimmen.

KOMMUNIKATION

Kaum ein Feld hat sich in den letzten Jahren so tiefgreifend verändert wie die Kommunikation und kein Gebiet – sieht man von der Pflege mancher journalistisch mehr als zweifelhaften Zeitungen ab – wurde in der spö so vernachlässigt wie dieses. Auch dazu nur ein paar Anstöße zu einer Erneuerung:

Mitglieder als MeinungsbildnerInnen

Die rund 200.000 verbliebenen Mitglieder stellen im westeuropäischen Vergleich immer noch eine imponierende Zahl dar. Aber was wissen wir von ihnen, von der politischen Arbeit mit diesen fast 200.000 Menschen noch ganz zu schweigen? Wir wissen, wo sie wohnen, wie alt sie sind, ob sie regelmäßig ihren Mitgliedsbeitrag einzahlen oder abbuchen lassen und wann ihnen ein Abzeichen für langjährige Mitgliedschaft zu überreichen ist. Wir haben aber keine Ahnung, für welche Themen sie sich interessieren (Stichwort Themenrat und Datenbank), wo sie mitzuarbeiten bereit wären uvm. Umgekehrt ist es nicht viel besser: Zwar verstopfen - vor allem in Wahlzeiten - massig E-Mails das Postfach des Mitgliedes (sofern die Mailadresse bekannt ist, oder diese aus Altersgründen vorhanden ist) - eine gleichberechtigte Kommunikationsmöglichkeit von oben nach unten bzw. auch von unten nach oben ist aber nicht vorhanden. Ein Lösungsansatz wäre, z.B. regelmäßig zu Gebietsversammlungen alle Mitglieder einzuladen und wichtige Themen vor Ort zu diskutieren und die Ergebnisse weiterzugeben oder aber flächendeckende regelmäßige Mitgliederbefragungen.

• Koordinierte österreichweite Hausbesuche

Was 2008 unter Obama neu und hipp geklungen hat, nämlich die Grassroot-Bewegung, hat die Sozialdemokratie schon Jahrzehnte erfolgreich getestet: die Hausbesuche. Nichts ist so effektiv wie das Gespräch an der Haustür. Hier bräuchte

es eine Ausrollung der Programme Wiens und Kärntens auf ganz Österreich und gleichzeitig die entsprechende technische und organisatorische Ausstattung, damit kein Anliegen der Bevölkerung am Weg »verloren geht«, egal ob es sich um Gemeinde-, Landes-, Bundes- oder Europapolitik handelt. Dazu passend sollte auch die im Parteistatut verankerte Verpflichtung wiederbelebt werden, dass jede/r spö-MandatarIn einmal jährlich öffentlich über seine Tätigkeit Rechenschaft abzulegen hat.

· Neue Medien endlich aufwerten

Man braucht gar nicht in die Vereinigten Staaten zu blicken, sondern nur ein Blick zu den anderen österreichischen Parteien genügt, dass wir Social Media-technisch noch einiges aufzuholen haben. Es bedarf einerseits einer Art »Mitgliederplattform« (für Hausbesuche, Bildungsangebote, Argumentationsleitfäden uvm.), aber andererseits auch einem zeitgemäßen, niederschwelligen und transparenten Auftritt nach außen. Dafür muss aber auch die nötige Finanzierung bereit gestellt werden. Ich bin mir sicher, dass die Streichung des ein oder andere Inserates in Gratiszeitungen oder anderen Kleinformaten zugunsten guter und authentischer Social Media-Aktivitäten sinnvoll wäre.

POLITISCHER WILLE ALS GRETCHENFRAGE

Vorschläge für eine verbesserte Organisationsform der spö gäbe es wahrscheinlich zur Genüge. Gelingen kann diese aber nur, wenn die gesamte Sozialdemokratie inklusive Führungsspitze eine lebendige und demokratische Organisation einerseits möchte und es anderseits auch eine kritische inhaltliche Reflexion der aktuellen Politik der Parteispitze (auf allen Ebenen der Bewegung) gibt. Denn viel zu oft hat man das Gefühl, dass SpitzenfunktionärInnen sich lieber einigeln und vom üblichen »Gesudere« der Basis lieber verschont bleiben wollen, statt den Diskurs zu suchen, ihn zu fördern und sich – vielleicht manchmal unangenehmen - Debatten auch aktiv und offensiv zu stellen. Das führt aber zu einer noch größeren Entfremdung der Basis von der Führung der Partei und zu einer weiteren Schwächung. Wenn diese Diskussion nicht bald offensiv geführt wird, gibt es vielleicht eines Tages keine Sozialdemokratische Partei Österreichs mehr, die man reformieren könnte. 💽

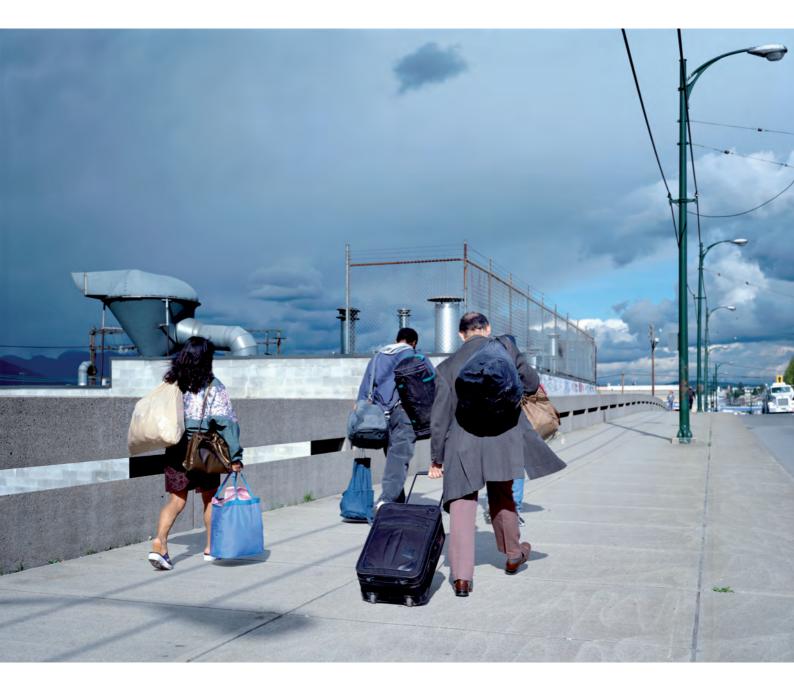
WOLFGANG MOITZI

ist Vorsitzender der spö-Bildungsorganisation Obersteiermark West.

Als Mitglied des Bundesparteivorstands war er auch Mitglied

der Arbeitsgruppe zur Statutenreform der spö.





Jeff WallOverpass, 2001, Großbilddia in Leuchtkasten, 214,2 x 273,3,3 cm
© Jeff Wall and Emanuel Hoffmann Stiftung, Dauerleihgabe an die Öffentliche Kunstsammlung Basel, Basel

Wohnungen sind zum Wohnen da!

Die Forderung nach einer Leerstandsabgabe hat das Problem steigender Wohnkosten im privaten Mietensektor und notwendiger Reaktionen verstärkt in die öffentliche Debatte gebracht. Marcus Gremel legt in seinem Beitrag ausführlich dar, warum eine Leerstandsabgabe ein wichtiger Schritt wäre, die Wohnsituation in Ballungsräumen wie Wien zu verbessern.

is 2029 soll Wien eine Bevölkerungszahl von zwei Millionen erreichen. Daher investiert die Stadt Wien erhebliche Mittel um neuen, leistbaren Wohnraum zu schaffen. Zusätzlich dazu schlägt die Junge Generation in der spö-Wien im Rahmen ihrer Kampagne »Wohnfühlen in Wien« vier konkrete Maßnahmen vor, um die Wohnungssituation in Wien weiter zu verbessern. Die erste ist die Einführung einer Leerstandsabgabe.

WIEN WÄCHST

Wien wächst jährlich um 24.000 Personen. Das entspricht in etwa der Größenordnung der Stadt Krems. Dieser Zuzug erhöht die Nachfrage nach leistbarem Wohnraum in Wien von Tag zu Tag. Die Stadt Wien steuert mit jährlich 7.000 neuen geförderten Wohnungen gegen. Das ist beispielgebend für ganz Europa, kann aber dennoch die enorme Nachfrage nicht abdecken und gleichzeitig den Anstieg der Mieten aufhalten. Insbesondere am privaten Markt klettern die Mieten seit Jahren kontinuierlich in die Höhe. Alleine zwischen 2009 und 2013 um 17,2 Prozent.

MIETEN WERDEN TEURER

Besonders betroffen von diesen Mietsteigerungen sind junge Wienerinnen und Wiener. Sie haben überwiegend neue Mietverträge und zahlen daher mit Abstand am meisten – in manchen Fällen die Hälfte des monatlichen Haushaltseinkommens. Das ist für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht hinnehmbar. Wohnen ist ein Menschenrecht und ein Grundbedürfnis, das für alle leistbar ermöglicht werden muss

Seit Jahren blockiert die ÖVP auf Bundesebene eine Mietrechtsreform, die die Preissteigerungen im privaten Bereich, mittels Erweiterung des Richtwerts auf Neubauten, Zuschlagsbegrenzungen, Beschränkung der Befristungen oder

Transferierung der Maklergebühren zu den EigentümerInnen, eindämmen würde. Erst vor kurzem hat Justizminister Brandstetter die Verhandlungen wegen unüberbrückbarer Differenzen ausgesetzt und den Ball weiter ins Parlament gespielt. Angesichts der steigenden Nachfrage in Wien kann aber nicht länger darauf gewartet werden, dass die övp und die Immobilienlobby irgendwann am St. Nimmerleinstag ihre Blockade aufgibt. Die Stadt muss selbst aktiv werden und zusätzlich zu den Anstrengungen im geförderten Bereich auch bestehende Wohnungen im privaten Bereich für den Markt mobilisieren.

100.000 WOHNUNGEN LEER?

Auf der Fachtagung »Wien wohnt« der Arbeiterkammer Wien am 04.11.2014 schätzte Stadtplaner Peter Moser den Wohnungs-Leerstand in Wien auf bis zu 100.000 Wohnungen. Viele dieser Wohnungen stehen leer, um die Preise künstlich hoch zu halten. Gemäß dem Slogan »Grundbuch statt Sparbuch« wird oftmals gar nicht an eine Vermietung gedacht. Es geht einzig und allein um den mittelfristigen Gewinn durch den Wertanstieg der Wohnung und eine möglichst flexible Veräußerungsmöglichkeit.

Angesichts tausender junger Wienerinnen und Wiener, die auf der Suche nach einer leistbaren Wohnung sind, sind die bestehenden Leerstände ein enormes Potential, das dem privaten Wohnungsmarkt in Wien entzogen wird. Würden diese Wohnungen zur Vermietung angeboten werden, anstatt als Spekulationsobjekte leer zu stehen, würde sich das Angebot massiv erhöhen – und damit auch die Preise am Privatmarkt sinken.

Niemand weiß, wie viele Wohnungen genau leer stehen. Zahlen von 30.000–100.000 kursierten in den vergangenen Jahren durch die Medien. Fest steht, dass niemand genau weiß, wie viele Wohnungen in Wien tatsächlich leer stehen. Der Leerstand wurde schon seit über zwanzig Jahren nicht mehr erhoben. Daher fordert die Junge Generation in der spö-Wien in einem ersten Schritt eine verpflichtende Meldung von Objekten, die länger als sechs Monate leer stehen.

In einem zweiten Schritt soll dann der unbegründete Leerstand ab einem Jahr mit einer Abgabe erfasst werden. Als begründeter Leerstand zu werten – und damit nicht von der Abgabe betroffen – sind laufende Sanierungen oder Verlassenschaften, gemeldete Zweitwohnsitze oder Wohnungen von Menschen mit vorübergehendem Auslandsaufenthalt mit Rückkehrabsicht.

Die Einnahmen der Abgabe schätzen wir je nach tatsächlichem Leerstand und nach Höhe der Abgabe auf 50–100 Millionen Euro pro Jahr. Ein beträchtlicher Wert, der aus Sicht der JG Wien dem sozialen Wohnbau zweckgewidmet werden soll und damit auch dazu dienen kann, das Wohnungsangebot weiter zu vergrößern bzw. bestehende Hürden wie die oft hohen Eigenmittel bei Genossenschaftswohnungen zu senken.

HILFE FÜR EINKAUFSSTRASSEN

Auch aus einem zweiten Aspekt zeigen sich die Vorteile einer Mobilisierung von bestehendem Leerstand. Verwaiste Einkaufsstraßen nehmen aufgrund von geändertem Einkaufsverhalten (Einkaufszentren, Internethandel,...) und steigender Kosten zu. Das führt zu einer Verschlechterung der Nahversorgung.

Auch hier könnte eine Leerstandsabgabe Abhilfe schaffen. Eine Meldepflicht des bestehenden Leerstandes bei Geschäftslokalen wäre eine wichtige Voraussetzung für die Stadt um Potentiale der Zwischennutzung festzustellen und entsprechend zu vermitteln. In Amsterdam zeigt sich bereits, dass eine solche Regelung kreative Nutzungen aus dem kulturellen oder sozialen Raum befördert und damit ganze Grätzel wiederbelebt werden können.

In weiterer Folge würde eine Abgabe nach einem Jahr unbegründetem Leerstand auch hier zu Preissenkungen führen und damit auch kleinen Unternehmerinnen und Unternehmern, insbesondere Start-Ups mehr Möglichkeiten geben.

BREITE UNTERSTÜTZUNG IN DER SPÖ

Mit dieser Forderung stehen wir nicht alleine da. Starke Unterstützung kommt von der Mietervereinigung, die bereits mehrfach die Einführung so einer Abgabe gefordert hat, genauso wie von den anderen Jugendorganisationen. Auch die Basis der SPÖ-Wien steht hinter dieser Forderung, beispielgebend dafür sind zwei Beschlüsse des Wiener Landesparteitages für die Einführung einer Leerstandsabgabe aus 2012. Mittlerweile haben auch Bürgermeister Dr. Michael Häupl und Vizebürgermeisterin Renate Brauner die Forderung begrüßt und eine Prüfung der Umsetzung in Auftrag gegeben.

Eine Abgabe auf kommunaler Ebene gibt es beispielsweise bereits in Hamburg, Paris oder Lille. Konkrete Erfahrungsberichte liegen allerdings noch nicht vor, da die Einführung der Abgabe zu kurz zurückliegt. Es zeigt sich allerdings ganz klar, dass auch andere europäische Großstädte dieses Problem erkannt haben und mit ähnlichen Mitteln dagegen vorgehen wollen. Im Übrigen handelt es sich bei allen dreien um sozialdemokratische/sozialistisch regierte Städte. Es kann einfach keinen Sozialdemokraten/keiner Sozialdemokratin egal sein, wenn einige wenige sich durch Spekulation auf unser Grundbedürfnis nach leistbarem Wohnen eine goldene Nase verdienen, während tausende, vor allem junge Menschen, auf der Suche nach einer leistbaren Wohnung sind und letztlich bis zur Hälfte ihres Einkommens dafür aufwenden müssen.

LEERSTANDSABGABE AUS RECHTLICHER SICHT

Als Argument gegen eine Abgabe wird immer wieder ins Treffen geführt, dass der Verfassungsgerichtshof so eine Abgabe bereits im Jahr 1985 als verfassungswidrig aufgehoben hat. Das ist grundsätzlich richtig, jedoch zeigt sich bei etwas genauerer Betrachtung seht schnell, dass dieses Argument analog zu Debatte rund um die Erbschafts- und Schenkungssteuer - lediglich ein weiterer Versuch ist, das Höchstgericht als Steigbügelhalter für politischen Unwillen zu missbrauchen. Die Begründung in dem Erkenntnis des VfGH wird nämlich in der öffentlichen Debatte vollkommen ausgeblendet. Liest man das Erkenntnis genauer, wird klar, dass der VfGH das Gesetz im Wesentlichen deshalb aufgehoben hat, weil die Abgabe derart hoch war, dass EigentümerInnen für eine Wohnung oftmals mehr an Abgaben gezahlt haben, als sie durch eine Vermietung hätten lukrieren können. Dieser Eingriff war dem Vfgh zu massiv. Grundsätzlich wurde aber im gleichen Erkenntnis festgestellt, dass die Abgabe für sich allein nicht verfassungswidrig ist. Beachtet man bei einer Einführung also die damaligen Gründe, spricht aus unserer Sicht rechtlich nichts gegen die Einführung einer Leerstandsabgabe in Wien. Es braucht nur den politischen Willen so etwas umzusetzen.

MARCUS GREMEL

ist Vorsitzender der Jungen Generation in der spö-Wien.







Jeff WallAfter »Spring Snow«, by Yukio Mishima, chapter 34, 2000-2005, fotografiert 2002 Tintenstrahldruck, 63 x 74 cm, © Jeff Wall

120 Jahre Sozialistische Jugend

Am 4. November 1894 wurde der Verein Jugendlicher Arbeiter, die Vorläuferorganisation der Sozialistischen Jugend (SJ), gegründet. Der Beitrag dokumentiert die schriftliche Fassung der Rede der SJ-Verbandsvorsitzenden Julia Herr bei der Festveranstaltung anlässlich des 120-jährigen Organisationsjubiläums.

undertzwanzig Jahre ist es her, dass sich am 4. November 1894 der Verein Jugendlicher Arbeiter gründete. Warum feiern wir nun dieses Jubiläum? Da gibt es natürlich persönliche Gründe, eine Art persönlicher Melancholie. Denn die Sozialistische Jugend erzeugt sowohl nur politisch wie persönlich, jahre- und jahrzehntedauernde Bindungen. Bruno Kreisky hat über seine Zeit in der Sozialistischen Arbeiterjugend geschrieben: »Denke ich zurück an meine Jahre in der sozialistischen Jugendbewegung, muss ich mir selbst immer wieder Grenzen setzen. Ich empfinde diese Jahre noch heute als so erlebnisreich, dass ich fast geneigt wäre, sie zu den schönsten meines Lebens zu rechnen...Ich habe mich in der Jugendbewegung unendlich wohlgefühlt, und das Zusammensein mit Menschen, die über den Tag hinaus lebten, große Ziele verfolgten und doch zugleich mit beiden Beinen fest auf der Erde standen, sehr genossen.« Ein Tag wie dieser ist also sicher auch Gelegenheit auf die eigene sj-Zeit zurückblicken und alte sj'lerInnen, alte FreundInnen, wieder einmal zu treffen.

Ein zweiter wesentlicher Grund ist, sich mit der Geschichte der sJ auseinanderzusetzen und vor allem: sich zur eigenen Geschichte zu bekennen. Das Wissen um die Geschichte, also um die Vergangenheit ist unabdingbar für das Verständnis der Gegenwart. Geschichte zeigt auf, dass sie nicht – wie von bürgerlicher Seite oftmalig behauptet – eine schicksalhafte, gar zufällige Abfolge von »Gesetzen« ist, sondern, dass Menschen die Gesellschaft und die Welt in der wir leben bewusst nach ihren Interessen gestalten. Die Beschäftigung mit unserer Vergangenheit ist uns Aufgabe in der Gegenwart und ein Versprechen an die Zukunft. Zu lernen aus Fehlern und nie zu vergessen. Deshalb: Ohne das Wissen um unsere Vergangenheit, keine Zukunft!

»Jedes Tier hat seinen Beschützer, das sind die Tierschutzvereine, die dafür sorgen, dass das Pferd nicht unnötigerweise vom Kutscher geschlagen wird; die Vögel haben ihre Beschützer, die dafür sorgen, dass sie im Winter ihr Futter finden; und existiert für den Lehrling etwa ein Verein, der dafür sorgt, dass er nicht unmenschlich behandelt wird? Nein!« Mit diesen Worten wurde 1894 zur Gründungsversammlung der sj, nur wenige Kilometer von hier aufgerufen. Die Gründungsmitglieder waren allesamt Lehrlinge, die sich gemeinsam organisiert haben, um gegen die Ausbeutung durch ihre Lehrherren zu kämpfen. Bereits in der Gründungszeit ging es innerhalb des Vereins Jugendlicher Arbeiter zum einen also um die Verbesserung der eigenen Lebenssituation. Es ging darum, dass junge Leute erkennen, was falsch läuft, sich beginnen zu fragen, warum das so ist, um letztendlich den wichtigsten Entschluss zu fassen: Die Dinge zu verändern! Sich nicht zufrieden zu geben. Mehr zu wollen – und für mehr zu kämpfen!

Und jeder der so ein Ziel verfolgt, wird bald eines merken: Wer Ungerechtigkeiten tatsächlich beseitigen will, darf den Kampf nicht nur in seinem Umfeld führen, er muss das System adressieren in dem wir leben. Eine Verbesserung einzelner Lebensbereiche innerhalb des Kapitalismus ist zu erreichen, doch unser Ziel bleibt die Beseitigung der Ausbeutung vom Menschen durch den Menschen. Deshalb ging es in unserer Geschichte auch immer, und geht es auch heute noch, um ein Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus und darum ein Teil der ArbeiterInnenbewegung zu sein.

INTERNATIONALISMUS

Doch lassen wir nun das Jahr unserer Gründung hinter uns und rücken wir ein wenig in der Zeit nach vor – genauer genommen ins Jahr 1907, also 13 Jahre später. Damals fand die erste Internationale Konferenz der Sozialistischen Jugend statt und Karl Liebkecht wurde zum Vorsitzenden und Robert Danneberg zum Sekretär der Jugendinternationalen gewählt. Somit kam der Sitz der Organisation nach Wien, wo er bis heute ist. Welchen Wert die Idee des Internationalismus damals hatte und wie sehr sie gelebt und nicht nur als Phrase verstanden wurde, kann man daran erkennen, dass sowohl Liebknecht als auch Danneberg 1914 zu den wenigen erklärten Gegnern der Kriegshaltung ihrer eigenen Parteien waren, ebenso wie Leopold Winarsky, Jugendfunktionär der ersten Stunde. Auch das ist ein wichtiger Teil des Erbes dieser frühen sJ-Generationen: Zu seinen Grundsätzen und Idealen aus Jugendzeiten auch in Parteifunktionen zu stehen und nicht den Opportunitätserwägungen des Tages zu folgen.

Einer meiner vielen Vorgänger, Peter Strasser, der auch unserem geliebten Camp, dem Europacamp seinen Namen gab, prägte folgenden Satz: »Der Sozialismus wird international sein, oder wird nicht sein.«

ÜBERWINDUNG DES SYSTEMS

Als Sozialistinnen und Sozialisten ist uns bewusst, dass die Überwindung des vorherrschenden Systems auf nationaler Ebene nicht durchführbar ist. Die Trennlinien der Gesellschaft verlaufen nicht zwischen Nationen oder gar Ethnien - sie verlaufen zwischen den Klassen. Paradoxerweise haben wir aber in den letzten Jahrzehnten mit der zunehmenden Globalisierung des Kapitals eine Renationalisierung der ArbeiterInnenbewegung weltweit erlebt. Sowohl die internationalen Jugendverbände als auch im Speziellen die Sozialistische Internationale haben wahrlich schon bessere Zeiten erlebt. Aber gerade in heutigen Zeiten müssen wir aufzeigen, was hinter den zig internationalen Krisenherden steckt. Denn sie zeigen uns bloß eines: Den Willen von politischen Machteliten, Konflikte, wie das Wettrennen um Ressourcen nicht nur über ökonomische Zwänge, sondern auch durch militärische Einsätze gewinnen zu wollen.

Daher muss es auch in Zukunft unsere Aufgabe sein, jungen Genossinnen und Genossen den internationalen Charakter der sJ näherzubringen, wie wir das zum Beispiel im Jahr 2011 mit dem IUSY World Festival im Europeamp getan haben. Denn: »Der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein.«

Vorhin haben wir uns im Jahr 1907 befunden, bitte macht nun gemeinsam mit mir einen weiteren Sprung, ins Jahr 1912. Denn bis dahin, ganze 18 Jahre, hat es nämlich gedauert, bis auch Frauen Mitglied im Verein Jugendlicher Arbeiter werden konnten. Der Verein jugendlicher Arbeiter wurde von Männern und für Männer gegründet. Durch die sJ-Jahrzehnte hinweg war die frauenpolitische Arbeit stets im Wandel und stets umkämpft.

Die sJ ist auch nur ein Spiegel ihrer Gesellschaft, und so haben auch wir beispielweise deutlich mehr männliche Mitglieder als weibliche. Die Wirkungsmechanismen der Gesellschaftsordnung greifen auch in unseren Reihen.

Doch innerhalb der Sozialistischen Jugend wurde hier im letzten Jahrzehnt viel erreicht: eine statutarischen Festlegung eines eigenen Budgets für frauenpolitische Arbeit am Verbandstag 2003, oder im Jahr 2008 – nach zähem Ringen – eine 50%-Quote im Verbandsvorstand. Die wir seitdem auch schaffen einzuhalten – im Gegensatz zu anderen, aber das ist eine andere Diskussion, die wir noch zu führen haben.

Gleichberechtigung ist ein langer Kampf, ein harter Kampf – JA, wir haben noch viel zu tun –, aber an dieser Stelle möchte ich mich bedanken: Als erste Frau Verbandsvorsitzende zu sein, ist in den letzten 120 Jahren nicht möglich gewesen, ist eine Ehre sondergleichen. Weil das war ein langer Kampf von, ich bin mir sicher, hunderten Genossinnen vor uns, die sich einen Applaus verdient haben.

MASSENBEWEGUNG

Es gibt also unglaublich viel, dass wir aus den letzten 120 Jahren lernen können, so viele einschneidende Jahreszahlen die ich aufzählen könnte. Die Geschichte der sJ hat sich so oft gewandelt, was allein ihr Name zeigt. Der Beginn mit dem Verein jugendlicher Arbeiter, gegründet in der Zeit der Monarchie, bis hin zur Sozialistischen Arbeiterjugend, die sich nach dem ersten Weltkrieg zu einer unglaublichen Massenbewegung entwickelte. Bis weiter zur RsJ, zur Revolutionären Sozialistischen Jugend, als erst durch Austrofaschismus und später Nationalsozialismus die Organisation verboten wurde und sie sich so zur geheimen Untergrundorganisation weiterentwickelte und viele GenossInnen für unsere Organisation, für unsere Ideen und Ideale auch ihr Leben gelassen haben. Und erst nach dem zweiten Weltkrieg kamen wir schließlich zu unserem heutigen Namen: Sozialistische Jugend.

Der Spruch »Wir wissen wohin wir gehen, weil wir wissen, woher wir kommen« hat an Gültigkeit nicht verloren.

Und doch kann man nicht alles aus alten Archiven, aus unseren alten Zeitungen ablesen - die Welt dreht sich weiter. Jede sj-Generation muss ihre eigenen Zugänge finden, braucht eigene Wege um Jugendliche anzusprechen, braucht eigene Ideen. Manche erweisen sich als zielführender als andere, manche Phasen erscheinen erfolgreicher als andere. Parallel zum politischen und organisatorischen Abstieg der sozialdemokratischen Bewegung gab es auch in der Sozialistischen Jugend Überlegungen, vom Prinzip der Mitgliederorganisation abzugehen. Themen und Kommunikationskanäle von Jugendlichen mögen sich ändern, die Formen, mit denen wir Jugendliche ansprechen und organisieren bedürfen beständiger Anpassung. Aber nur wenn wir Jugendliche in Schulen, Unis, im Wohnort und im Betrieb organisieren, werden wir die Veränderung unserer Gesellschaft erreichen können. Deshalb bekennt sich die Sozialistische Jugend heute dazu, eine Mitgliederorganisation zu sein. Wer glaubt, die Gesellschaft verändern zu können, ohne Menschen zu organisieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, gemeinsam an der Veränderung im Kleinen wie im Großen zu arbeiten, hat die Lehren der Geschichte der sJ nicht verstanden. Und jeder der heute hier ist und nicht Mitglied ist, kann sich das ja auch nochmals überlegen.

MARXISTISCHES GRUNDSATZPROGRAMM

Was eine Organisation aber immer braucht, und das ändert sich nicht, ist ein Grundsatzprogramm. Ich bin froh, dass sich die Sozialistische Jugend zu ihrem marxistischen Grundsatzprogramm bekennt. Ein Grundsatzprogramm ist immer eine Standortbestimmung unserer Organisation, Ausdruck inhaltlicher Stärke, Kennzeichen von politischen Bewusstsein. Es bedarf aber eines ständigen, beharrlichen Auseinandersetzung mit Fragen des Feminismus und auch des Marxismus. Denn es gibt keine Gesetzmäßigkeit, dass das Pendel nicht auch in die andere Richtung ausschlagen kann. Die kritische inhaltliche Auseinandersetzung und Standortbestimung ist ein beständiger Prozess, der die Grundlage bildet, überzeugen zu können.

Das führt mich zu einer Frage, die Generation von sJ'lern beschäftigt hat, die Frage nach dem Verhältnis zur spö. So viele sJ-Generationen starten mit dem Ansatz, alles anders, alles besser zu machen, wenn sie erst einmal in Funktionen kommen. Doch meistens sind es genau diese GenossInnen, die Jahre später von Kritik nichts mehr wissen wollen.

Ein ehemaliger sJ-Funktionär, Flo Wenninger, hat für unsere Website anlässlich des 120-Jahre-Jubiläums einen Blogein-

trag verfasst, was er uns auf den Weg mitgeben will. Darin zitiert den bekannten Spruch: »Wer mit zwanzig kein Sozialist ist, hat kein Herz, wer es mit dreißig immer noch ist, hat kein Hirn. Leute, die so etwas sagen, waren mit zwanzig keine Sozialisten und haben mit dreißig immer noch einen Horizont, der beim Brett vor ihrem Kopf endet. Die Lernfähigkeit, von der sie reden, ist nicht zu verwechseln mit einem Rückgrat von der Festigkeit eines Gartenschlauches. Der Traum von einer Gesellschaft der Freien und Gleichen ist keine altersbedingte Geisteskrankheit. Er ist das, was uns stark macht.«

Besser kann man es nicht auf den Punkt bringen: Wie kann man ohne eine Vision, auf die man hinarbeitet, Politik machen? Und gerade weil wir realistisch bleiben, versuchen wir das Unmögliche.

NICHT SELBSTGERECHT UND DOGMATISCH

Die Dinge, die wir in der st lernen und für die wir mit Überzeugung streiten, sollten nichts sein, was wir mit zunehmendem Alter ablegen, um uns selbst damit zu belügen, Opportunismus zur Lernfähigkeit zu erklären. Die Fähigkeit, dazu zu lernen, Fehler zu erkennen und nicht selbstgerecht und dogmatisch zu sein, sind notwendige Voraussetzungen der politischen Arbeit, die sind aber kein Ersatz für Ideale und Charakterfestigkeit. Und gerade, weil so vieles, was wir in der sj gemeinsam vertreten nicht möglich wäre, wenn jedeR sich selbst überlassen bliebe, müssen wir einen Versuch starten, kritische GenossInnen in der Sozialdemokratie zu vernetzen. Mittlerweile gibt es nämlich hunderte sjlerInnen, die als Gemeinde- oder BezirksrätInnen tätig sind oder andere Parteifunktionen »bekleiden«. Dabei herrscht aber oftmals eine Kultur des EinzelkämpferInnentums und es gibt kein gemeinsames politisches Projekt. Es scheint oft, als ob gleichzeitig und verschieden stark an ganz vielen verschiedenen Strängen gezogen wird, anstatt gemeinsam und mit vereinten Kräften zu versuchen etwas Großes zu bewegen. Die Sozialdemokratie braucht aber definitiv etwas Großes.

Liebe GenossInnen, die Sozialistische Jugend ist 120 Jahre geworden, weil unzählige Generationen ihren Beitrag für eine positive Entwicklung der sJ gesetzt haben. Meine Generation davon bin ich überzeugt, wird auch ihren Beitrag leisten, auf allen Ebenen. Die Sozialdemokratie, auch davon bin ich überzeugt, braucht eine starke, geeinte, engagierte und auf marxistischem Boden stehende Sozialistische Jugend. Josef Hindels formuliert in seinem Buch »Der Sozialismus kommt nicht von selbst«:

»Ob sich die sozialistische Bewegung zur revolutionären Eingriffen in das bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsgefüge entschließt, hängt vom Niveau ihres Bewußtseins ab, von der ideologischen Kraft ihres FunktionärInnen-Kaders. Da junge Menschen leichter geistig zu formen sind als ältere, kommt der sozialistischen Jugendbewegung eine große, enorme Bedeutung zu: Sie hat die Aufgabe, Menschen hervorzubringen, die fähig sind, um die kleinste soziale Verbesserung zu kämpfen, ohne auch nur für einen Augenblick das große Ziel aus dem Auge zu verlieren.«

Stellen wir uns den Aufgaben unserer Zeit, verlieren wir das Ziel nicht aus dem Auge.

Für eine starke Sozialistische Jugend – auch die nächsten 120 Jahre!







Jeff WallConcrete ball, 2002, Großbilddia in Leuchtkasten
204,2 x 260 cm, © Jeff Wall und Caldic Collectie, Wassenaar

Debatten um Straßennamen sind auch ein demokratiepolitischer Lackmustest

Im Herbst 2013 präsentierte eine von der Stadt Wien beauftragte Historikerkommission unter der Leitung des Zeithistorikers Oliver Rathkolb eine Forschungsarbeit über problematische Benennungen Wiener Verkehrsflächen. Der Einsetzung der Kommission waren zuvor auch am Wiener SPÖ-Landesparteitag heftige Diskussionen vorangegangen. Anlässlich der Veröffentlichung des auf dem Forschungsbericht basierenden Buchs »Umstrittene Wiener Straßennamen« im Herbst 2014 sprach die zukunft mit Co-Autor Oliver Rathkolb.

ZUKUNFT: Im Vorwort Ihres Buches »Umstrittene Wiener Straßennamen« verweisen Sie und die anderen drei AutorInnen darauf, dass eine Stadt, die ihre Geschichte »durch das Prisma ihrer Straßennamen« betrachte, »ein höchst verzerrtes Bild zu sehen bekomme«. Worin liegt dann der geschichtspolitische Wert?

Rathkolb: Straßennamen sind sicherlich nur ein Teil des öffentlichen kulturellen Gedächtnisses einer Stadt. Wir sitzen hier im Institut für Zeitgeschichte am Alten Allgemeinen Krankenhaus. Wenn Sie hier hinausgehen, werden Sie sehen, dass der Campus voller Skulpturen, ist, die Ärzte und Wissenschafter rühmen sollen. Da ist etwa eine Statue von Theordor Billroth. Die Planung dafür stammt noch aus der NS-Zeit, nach dem Krieg wurde sie genauso errichtet. Billroth selbst hat eine höchst problematische Vergangenheit, die Birgit Nemec auch im Buch näher dargestellt hat: Er war der Erste, der an der Universität Wien versucht hat, eine rassistische Diskussion über den Antisemitismus gegen Studenten aus Galizien zu entfachen. Er ist dann später einem Verein gegen Antisemitismus beigetreten, die NS-Propaganda hat sich dennoch gerne auf den »frühen Billroth« bezogen. Solche Ehrungen zeigen oft nur eine unter mehreren Komponenten.

Straßennamen werden aber selbst von jenen, die in diesen Straßen wohnen, nur in den seltensten Fällen decodiert. Sie sind wie tote Briefkästen. Erst durch politische Debatten, die Benennungen problematisieren und in Umbenennungen oder Stigmatisierungen ihrer Namensgeber enden könnten, werden sie wachgerufen. Dann aber können sie unfassbare emotionale Aufregung hervorrufen. Die zweite große Bedeutung von Benennungen, auf die wir aus Platzgründen nicht im Buch, aber im Forschungsbericht eingegangen sind, ist mit politischen Umbrüchen verknüpft. Nach der Revolution 1918/19

gab es eine Fülle revolutionärer Straßennamen, die dann 1934 vom Dollfuß-Regime getilgt wurden und nach 1945 nur punktuell wieder aufgenommen wurden. So hieß der heutige Albertinaplatz z.B. in der Ersten Republik bis 1934 Revolutionsplatz. Das finde ich spannend, denn die Frage, was wird nach einem politischen Systemwechsel umbenannt bzw. nach einem weiteren rückbenannt oder eben auch beibehalten – das sagt doch auch etwas über die politische Kultur der jeweiligen »neuen Zeit« aus. Besonders radikal war hier sicher die NS-Zeit, bemerkenswert scheinen mir aber auch die Umbenennungen nach 1955 und dem Abzug der Alliierten, v.a. der Roten Armee. Dass der Stalin-Platz seinen Namen nicht behalten hat, das kann man ja verstehen, aber es gab ja auch andere Straßennamen, die an die Befreiung Wiens durch die Rote Armee erinnert hätten.

Als viel Aufregung um tote Briefkästen?

Ja, die hängt oft mit politischen Parteien zusammen. Der künftige Spitzenkandidat der ÖVP Innere Stadt z.B. hat ja recht klar signalisiert, dass er die Umbenennung des Lueger-Rings für falsch hält. Bei unserem Bericht waren wir aber auch mit einem anderen interessanten Phänomen konfrontiert, nämlich, dass es überwiegend die Enkelinnen waren, die unsere Forschung oft sehr emotional attackiert haben und ihre Großväter verteidigt haben, so unter dem Motto »Mein Opa war kein Nazi«. Das finde ich auch deshalb interessant, weil die Beschäftigung der Enkelgeneration in der gesamten geschichtspolitischen Forschung an Bedeutung gewinnt. Bekanntes Beispiel dafür sind die »Mauerfall«-Kinder, die nach 1989 in der Erinnerung an die ehemalige DDR sehr stark von ihren Großeltern sozialisiert werden und oftmals ein etwas zu glattes, freundliches Bild des Regimes haben, das direkt von den Großeltern transportiert wurde.

Bei der Präsentation der Studie, die ja die Grundlage des nun erschienenen Buches ist, wurde die internationale Einzigartigkeit der Forschungsarbeiten betont. Wie gehen andere Länder mit problematischen Benennungen um?

Es gibt hier punktuell sehr interessante Fälle, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland und zwar auch abseits von Transformationsprozessen wie nach 1990. In Münster z. B. wurde der Hindenburg-Platz unter einem CDU-Bürgermeister nach einer langen, intensiven öffentlichen Debatte und einem Plebiszit umbenannt. Es gibt viele Einzelbeispiele, positive wie negative, die oft mit lokalen Initiativen aus der Zivilgesellschaft zusammenhängen. Andererseits kenne ich kein anderes Beispiel, dass sich eine Stadt traut, die Gesamtheit ihrer Benennungen wissenschaftlich zu analysieren. Ich kann mir z. B. schwer vorstellen, dass in Brüssel – immerhin quasi die Hauptstadt Europas – daran gegangen wird, das vor Erinnerung an die fragwürdige koloniale Vergangenheit Belgiens nur so strotzende Stadtbild kritisch zu thematisieren. Bei aller Vorsicht, die politischen Entscheidungsträgern in solchen Fragen innewohnt, das halte ich doch für eine Pioniertat in Wien.

Trotz des Ziels einer Gesamtbetrachtung mussten in Ihrer Untersuchung Einschränkungen vorgenommen werden, Sie sprechen z.B. an, dass die Funktionseliten der Habsburger-Monarchie nicht umfassend untersucht wurden. Was sind die Gründe dafür?

Der wesentlichste Grund ist sicher die dünne Quellenschicht. Die Historiographie war hier oft wenig hilfreich. Bei den wenigen Fällen, bei denen es genügend Ansätze aus der Literatur gab, haben wir sie untersucht. Wir haben uns aber daran orientiert, welche Quellen verfügbar sind.

Um ein prominentes Besipiel aus der jüngeren Vergangenheit zu nennen: Es gibt aus der Heimwehrvergangenheit Julius Raabs sehr authentisches und deutliches antidemokratisches bis antisemitisches Material, das wir auch in unserer Arbeit dargestellt haben. Von Leopold Figl hingegen haben wir außer Fotos und der Tatsache, dass er eine Funktion bei den Ostmärkischen Sturmscharen innehatte, nichts gefunden, Figl scheint daher auch nicht in diesem Buch auf. Sicherlich wird es bei manchen Personen noch Ergänzungsbedarf geben, wenn Quellen auftauchen oder besser erschlossen werden. Wenn ab April 2015 die Nationalbibliothek eine komplette Volltexterfassung ihrer Zeitungsbestände bis 1945 anbieten wird, ergeben sich in dieser Hinsicht sicherlich wesentliche Erleichterungen in der Forschung. Es wird einfacher werden, Ausritte bei Veranstaltungen, öffentlichen Auftritten, Demonstrationen zu dokumentieren. Das machen wir dann in der 2. Auflage.

Trotz der quellenbedingten Einschränkungen scheinen im Buch rund 170 diskussionsbedürftige Benennungen auf...

Ja, es sind etwas mehr als im Forschungsbericht, weil wir in einigen Fällen Feedback aufgenommen und bearbeitet haben. Es gab noch Fälle mit Erklärungsbedarf, wie Otto Weininger, der in der Literatur umfassend analysiert wurde. Auch Karl Kraus wurde uns gegenüber wiederholt angesprochen. In diesem Fall habe ich mich sehr stark auf die intensive wissenschaftliche Auseinandersetzung über Karl Kraus bezogen. Man soll nämlich nicht alles durcheinander mischen. Bestimmte Differenzierungen sind notwendig. Sonst könnte die falsche Schlussfolgerung sein: »Das waren eh alles Antisemiten, Schwamm drüber. « Das wollen wir aber auf keinen Fall. Da wird von uns nichts unter den Teppich gekehrt und beschönigt, aber man muss das auch im Kontext verankern und darum haben wir auch eine eigene Kategorie mit »Sonderfällen« im Buch ausgewiesen.

... im Vorwort zeigen Sie sich dennoch von der großen Zahl überrascht.

Überrascht hat mich v.a. die Zahl der Personen, bei denen wir intensiven Diskussionsbedarf orten, die Liste A des Forschungsberichts. Da sind zum Teil geradezu absurde Fälle dabei. Mein Lieblingsbeispiel ist der Sänger Manowarda, der schon vor 1933 NSDAP-Mitglied war und auch in der Illegalität aktiv blieb. Ein glühender Nazi-Verehrer, für den Hitler mitten im Krieg 1942 ein Staatsbegräbnis in Berlin anordnet. Und nach dem benennt man eine Gasse in Liesing, nur weil der bis 1934 eine Zeitlang an der Wiener Staatsoper gesungen hat. Da frage ich mich schon, wie ist das möglich? Ich halte es für keinen Zufall, dass solche Dinge zumeist in den 1960er-Jahren passiert sind, das ist geradezu typisch. Da kommt die große Amnesie, da geht alles. Der SS-Mann Wobisch kann als Geschäftsführer der Philharmoniker werken, obwohl er ein SD-Spitzel war. Das NS-DAP-Mitglied Borodajkewycz kann trotz seiner antisemitisch-rassistischen Ausfälle in seinen Uni-Vorlesungen zunächst weiter lehren und erst nach Jahren politischer Auseinandersetzung mühsam entfernt werden – und auch das nur in Form einer Pensionierung bei vollen Bezügen. Das sind die 1960er-Jahre, da geraten alle Dimensionen auseinander, da ist das Motto »Schwamm drüber«. Und da passieren Dinge, die heute denkunmöglich erscheinen.

Ist der Hergang solcher Benennungen nachvollziehbar geworden?

Nein, leider nicht. Da ist die Aktenlage beschämend dünn. Im Fall Manowarda ist nicht einmal nachvollziehbar, wer ihn vorgeschlagen hat. Das läuft damals viel auf einer informellen Bezirksebene, die kaum dokumentiert ist. Da hatten wir uns ursprünglich mehr Material erhofft. Ich kann das daher nur allgemein kontextualisieren, als Ausdruck dieser Amnesie-Dekade, wie ich die 1960er-Jahre bezeichne. Da ist viel auf Bezirksebene passiert, auf Wiener Ebene hat es offenbar auch wenig gekümmert. Wir haben bei den Benennungen keinen Fall gefunden, bei denen es im Gemeinderat eine Debatte gegeben hätte.

Sie haben vorhin die Kategorisierung angesprochen, mit der sie »besonders diskussionswürdige« Fälle von »diskussionwürdigen« Fällen bzw. von Fällen mit »demokratiepolitisch relevanten biographischen Lücken« abgrenzen. Nach welchen Kriterien sind Sie da vorgegangen?

Diese Kategorisierung ist einer der Punkte, für die wir nach Veröffentlichung des Forschungsberichts kritisiert worden sind. Bei der Arbeit am Buch habe ich aber wieder festgestellt, dass sie mir notwendig erscheint. Man kann nicht alles gleichsetzen. Es gibt einen Unterschied zwischen einem jungen NSDAP-Mitglied, der weder in der NS-Zeit noch danach etwas angestellt hat, und einem glühenden SS-Mann, der als Arzt in höchst problematischen Funktionen tätig war. Als besonders diskussionswürdig haben wir primär die Gruppe definiert, die auch stark in der Öffentlichkeit mit rassistischen, antisemitischen oder antidemokratischen Äußerungen nachhaltig gewirkt haben, oder in Verbrechen verstrickt waren. Als diskussionswürdig haben wir die Fälle erachtet, die nicht so nachhaltig und ungebrochen agiert haben. Das waren sicherlich die schwierigsten Abgrenzungen. Die dritte Gruppe waren »einfache Fälle«, bei denen wir problematische Äußerungen oder z.B. eine NSDAP-Mitgliedschaft gefunden haben, ohne näheren Kontext.

Sie sprechen auch im Buch nochmal an, dass Sie mit der Kategorisierung den demokratisch gewählten Organen eine Entscheidung über den Umgang mit den Forschungsergebnissen weder abnehmen wollen, noch sich dazu legitimiert sehen. Aber welche Möglichkeiten des Umgangs sehen Sie?

Die wirkliche Chance sehe ich auf Ebene der Bezirke, von dort kommen historisch ja auch viele Probleme. Ich habe hier das Gefühl, dass sich etwas zu bewegen beginnt. Natürlich liegt da oft auch eine gewisse Brisanz im Umgang mit den Anrainern. Ich denke, dass das Beispiel des CDU-Bürgermeisters in Münster aber zeigt, dass political leadership auch heißt, sich für eine Debatte Zeit zu nehmen. Da wurde ein Jahr lang auf allen Ebenen diskutiert und dann war man sich einig, dass man einen Platz nicht nach einem der Totengräber der deutschen Demokratie benennt. Dieses Beispiel zeigt schon, dass selbst Umbenennungen funktionieren können. Auch die bürokrati-

schen Hindernisse sind oft kleiner, als man annimmt. Bestes Beispiel der Lueger-Ring, bei dem man lange Jahre gesagt hat, wie schwierig eine Umbenennung wird. Das ist ein kurzer Straßenabschnitt mit wenig betroffenen privaten Anrainern, ein paar Kaffeehäusern und Unternehmen und der Universität. Mit Ausnahme des Wirtschaftsbunds und der ÖVP-Innere Stadt hielt sich der Protest in engen Grenzen und selbst deren Protest war milde.

Welche Alternativen sehen Sie zur Umbenennung? Da ist ja oft von der Sichtbarmachung im Straßenraum die Rede.

Hier ist meines Wissens angedacht, bei den Fällen der Liste A Tafeln mit Kurztexten über die dunklen Flecken der Biographie anzubringen, das halte ich für einen guten Weg, damit das nicht in Vergessenheit gerät. Bei allen anderen sollen QR-Codes angebracht werden, mit denen man sich dann via Smartphone näher informieren kann. Ich finde das auch deshalb wichtig, weil es ja auch seltsam wäre, wenn Wiens Straßen plötzlich nur noch nach tollen Frauen und Widerstandskämpfern benannt werden. Wiens Geschichte ist eine andere, man soll sich auch nicht in den eigenen Sack lügen. Unsere Geschichte ist belastet mit zwei Aggressionskriegen, einem Bürgerkrieg, einer Diktatur, dem Nationalsozialismus, der Shoa etc. Deswegen ist es in manchen Fällen schon ganz gut, wenn das sichtbar wäre. Ich fände es daher auch gut, wenn dieses furchtbare, weil schrecklich exzessive, Lueger-Denkmal stehen bleibt. Man müsste sich eben überlegen, wie man auch optisch die Problematik der Person sichtbar macht. Es gab da diesen interessanten Vorschlag, das Denkmal schief zu stellen, das ist vielleicht beim Gewicht des Denkmals etwas schwierig. Aber vielleicht gibt es da noch andere, originelle Ideen, das zu thematisieren und nicht das Thema auszuradieren. Das ist natürlich immer ein Balanceakt. Aber ich finde es wichtig, bestimmte Auseinandersetzungen sichtbar zu halten und kritisch zu kontextualisieren, als eine Art Spiegel in die Vergangenheit.

Für diesen Balanceakt gibt es sicher geeignetere und weniger geeignete Fälle. Um ein von Ihnen bearbeitetes Beispiel herauszugreifen: Wie kann man den Fall eines Musikers sinnvoll kontextualisieren, der in Wien nicht einmal gewirkt hat, von dem aber selbst nach 1945 Aussagen dokumentiert sind, dass das »Weltjudentum ... ein Rassenproblem« sei, und »man sich Hitlers erinnern wird und ihn anders sehen als jetzt«?

Ja, das ist ein Fall, bei dem ich aus dem Bauch heraus auch keine Möglichkeit sehe, das sollte man sich schon sehr genau ansehen. Bei ihm ist es ja interessanterweise so, dass die schlimmsten überlieferten Aussagen nach 1945 liegen. Nicht einmal in den demokratischen Rahmenbedingungen und nach Auschwitz erkennt der offenbar, wo

das Problem liegt. Wenn man aus den schlimmsten Verbrechen nichts lernt, sondern nach 1945 noch eins draufsetzt – also ich könnte das nicht sinnvoll kontextualisieren.

Die intensiven Forschungen sind jetzt publiziert. Was sind Ihre Erwartungen, was sollte in den nächsten zehn Jahren an geschichtspolitischen Debatten im Kontext der Straßenbenennungen passiert sein?

Eine schwierige Frage, zumal Historiker ja dafür bekannt sind, schlechte Prognostiker zu sein. Ich bin ja relativ bescheiden, ich denke, es wäre viel erreicht, wenn man bei Benennungen künftig sorgfältiger ist, die Biographien kritisch analysiert, aber sich auch den Wien-Bezug genauer ansieht. Zweitens fände ich es wichtig, sich zentrale Namen auch geschichtspolitisch in Erinnerung zu rufen. Wenn es einen Lueger-Platz gibt, dann muss der auch genützt werden, um im Rahmen des Schulunterrichts, im Rahmen von Stadtführungen auf die Widersprüchlichkeit dieser Person hinzuweisen. Genauso wie es wichtig wäre, beim Karajan-Platz bei der Staatsoper nicht nur zu vermitteln, dass er ein erfolgreicher Dirigent war, sondern auch ein wirklich rücksichtsloser Karrierist in der NS-Zeit mit starker ideologischer Schlagseite. Es gibt einige wenige Briefe, die zeigen, dass er im antisemitischen Diskurs seiner Zeit verankert war. Auch wenn im Unterschied zu Furtwängler kein privater Nachlass zu Forschungszwecken zur Verfügung steht, zeigt ja schon der Umstand, dass er 1940 das erste große Konzert im besetzten Paris dirigiert hat, welche große politische Rolle er gespielt hat. Ziel muss es, denke ich, sein, Biographien vom Geniekult zu lösen. Die Herausforderung bei Benennungen ist sicher, zu zeigen, dass auch hinter tollen Menschen oder einem Genie oft gebrochene Biographien liegen.

Könnte eine Folge der intensiven Auseinandersetzung nicht auch der Ruf danach sein, diese Themen endlich ad acta zu legen, also mal wieder einen Schlussstrich zu ziehen?

Diese Debatte läuft schon. Wir haben heuer eine Umfrage gemacht und man merkt, die Schlussstrichtendenz steigt. Das hängt sicherlich auch mit der sozioökonomischen Krise zusammen. Je kritischer die sozialen Rahmenbedingungen und je negativer die Zukunftsprognosen, desto stärker ist der Druck, wenigstens Vergangenheit in Ruhe zu lassen. Was wir aus anderen Studien zu Einstellungen zu Demokratie bzw. autoritären Denkmustern wissen ist, dass hier vor allem umfassende Aufklärung und Bildung hilft. Wobei es da nicht um Fachbildung geht, sondern um Aufklärung über demokratische Zusammenhänge und Prozesse, über den sozialen Ausgleich etc. Also das, was wir als Idealkonglomerat einer westlichen, sozialen Demokratie verstehen. Wenn das nicht passiert, dann schützt auch Bildung

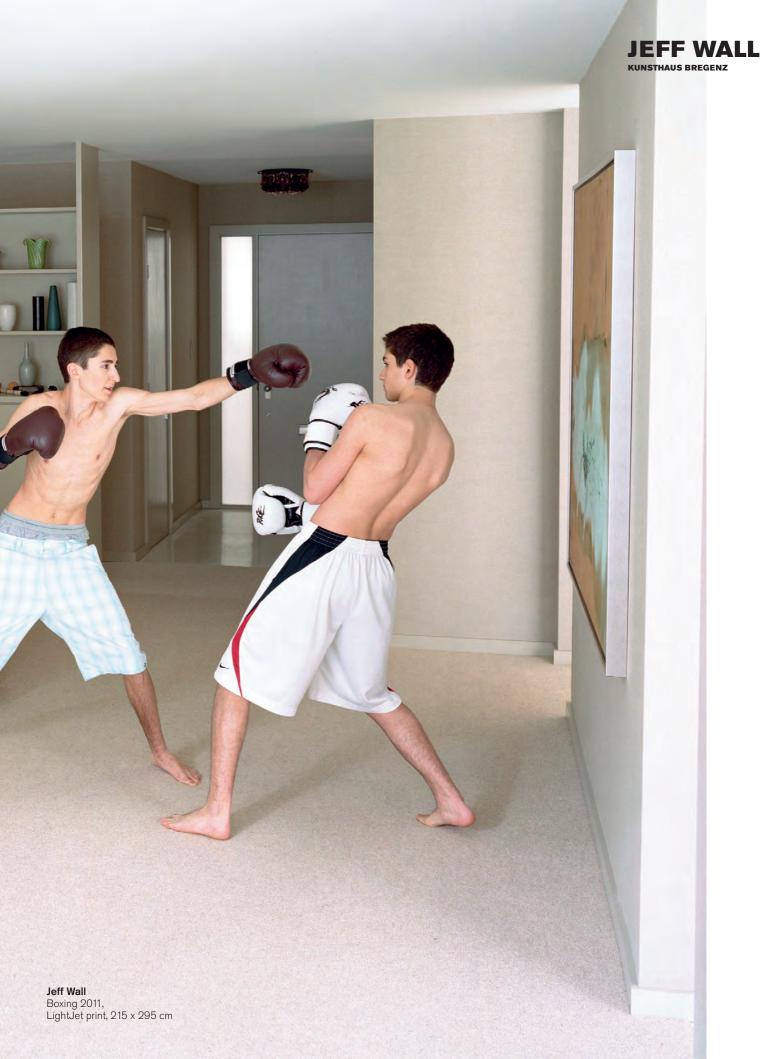
nicht. Dann können auch gut ausgebildete Eliten zu autoritären Zugängen tendieren. Insofern sind diese Debatten um Straßennamen nicht nur eine Diskussion für ein paar Historiker, die Beschäftigung brauchen, sondern ein demokratiepolitischer Lackmustest.

OLIVER RATHKOLB

ist Professor am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.

Gemeinsam mit Peter Autengruber, Birgit Nemec und Florian Wenninger
publizierte er 2013 einen im Auftrag der Stadt Wien erstellten Bericht
über problematische Wiener Straßennamen. Im Herbst 2014 erschien im
Pichler-Verlag das auf diesem Bericht basierende Buch »Umstrittene
Wiener Straßennamen (€ 24,99).





Steueroasen: Wo Vermögen parken

Über die enormen Geldsummen, die in Steueroasen »steuerschonend« untergebracht sind, konnte bislang nur gerätselt werden. Der französische Ökonom Gabriel Zucman hat in einer kürzlich publizierten Studie Abhilfe geschaffen und detaillierte wie verstörende Erkenntnisse vorgelegt. Seine Analysen und Lösungsvorschläge diskutieren Stefan Brocza und Andreas Brocza.

ünftausendachthundert Milliarden Euro. Auch nach all den Superlativen, die man in den Jahren der Banken- und Wirtschaftskrisen zu hören bekommen hat, kann diese Zahl immer noch beeindrucken. Diese Summe stellt immerhin acht Prozent des weltweiten Finanzvermögens dar - und es liegt in den globalen Steueroasen mitten in Europa, der Karibik und Asien - in der Regel natürlich unversteuert. Zu diesem Schluss kommt der junge französische Wirtschaftswissenschaftler Gabriel Zucman, ein Schüler von Thomas Piketty (»Das Kapital im 21. Jahrhundert«), in seinem kurzen, aber gehaltvollen Buch »Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird« (Suhrkamp, 2014). Nur so zum Vergleich: Die gesamte Nettoauslandsverschuldung Griechenlands, gemeinhin als Grund und Auslöser für die Eurokrise an den Pranger gestellt, beträgt »nur« 230 Milliarden Euro.

Würde man dieses Steuerfluchtgeld gesamt nach den heute gültigen Regeln und Vorschriften versteuern, so könnte etwa Deutschland jährlich 10 Milliarden Euro mehr einnehmen und könnte man das von Franzosen so hinterzogene Vermögen gar als Strafe einziehen, läge die Gesamtverschuldung Frankreichs mit einem Schlag nur noch bei 70 Prozent des BIP – dem Niveau vor der Krise – statt bei den heutigen 94 Prozent. Die Budgetprobleme wären damit natürlich noch bei weitem nicht gelöst, aber ein paar Schlaglöcher könnten damit gestopft und ein paar Hallenbäder wiederum aufbehalten werden – auch und insbesondere in Deutschlands »alten« Bundesländern. Global addieren sich die entgangenen Steuereinnahmen Berechnungen nach immerhin gar auf die stolze Summe von 130 Milliarden Euro jährlich.

DER AUFSTIEG DER SCHWEIZ

Es kann natürlich eingewendet werden, dass Steuerhinterziehung als solches noch kein neues Phänomen darstellt, doch Zucman versteht es, die Logik einer Steueroase zu erklären, Lösungen anzubieten und den dazu gehörenden Geschäftszweig als Gesamtheit zu entmythisieren. Denn entgegen allgemein bekannten Annahmen sind Steuerfluchtkonstruktionen nicht immer hoch komplizierte Unternehmungen, meist sind sie eigentlich recht simpel. Erst die Verschachtelungen und Verschleierungen machen sie undurchsichtig und erfunden haben das bereits vor rund 100 Jahren die Schweizer Bankenkartelle mit ihrem Erfolgsmodell des Bankgeheimnisses.

Mitte des 19. Jahrhunderts änderte sich in den Industriestaaten die bevorzugte Vermögensart, vom Grundbesitz weg ging der Trend hin zu beweglichen Vermögenswerten, also Aktien und Anleihen, meist noch in der Form von anonymisierten Inhaberpapieren. Die Steuersysteme hinkten dem noch hinterher und so mussten in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg nur rund vier Prozent Steuer auf Dividenden gezahlt werden. Nach dem Krieg sah die Lage dann anders aus: Kriegsschulden waren zu begleichen, Soldaten- und Hinterbliebenenrenten mussten finanziert werden und so erhöhte der Staat die Einkommenssteuer, bis 1924 der Spitzensteuersatz in Frankreich bei 72 Prozent lag. Die kurze Reise mit dem Koffer voller Aktienpapiere nach Genf, Zürich oder Basel wurde immer lohnender für Vermögende. Um es deutlich zu sagen: Die 1920er Jahre waren schon das Goldene Jahrzehnt der Schweizer Banken, auch wenn das spätere Narrativ der Eidgenossen erst den Aufstieg des Faschismus und die damit verbundene Flucht vor dem Unrecht für den Anstieg

der Auslandsguthaben verantwortlich machten. Dabei muss aber auch verdeutlicht werden, dass diese Banken die gleichen Geldgeschäfte tätigten wie ihre Konkurrenten in London oder Paris. Der Schweizer Markt hätte all diese Auslandsinvestitionen allein nicht aufnehmen können, also legten sie die Gelder in gewinnbringenden Geschäften in den USA, Frankreich, Deutschland etc. an. Nur gaben Schweizer Banken eben keine Informationen an ausländische Steuerbehörden weiter und für diese Fluchthilfe vor Einkommens- und Erbschaftssteuer zahlte man gerne die höheren Depot- und Bankgebühren.

Eine erste potentiell lebensbedrohende Krise erlebte dieses Bankmodell nach dem Zweiten Weltkrieg. Frankreich bestand darauf, dass französische Bankguthaben in der Schweiz identifiziert werden müssten. Unterstützung erhielt Präsident de Gaulle dabei vom amerikanischen Kongress: Sollten Gelder aus dem Marshall-Plan fließen, so wären diese Vermögenswerte zu besteuern. Zucman verweist hier auf die Forschungen der Historikerin Schaufelbuehl, worin die großflächige Fälschungsaktion der Banken beschrieben wird: Einerseits wurden Guthaben fälschlich Schweizern zu gerechnet, und andererseits nutzte man das Instrument der Briefkastenfirma in Panama. Dieser Kunstgriff – das Zwischenschalten einer juristischen Person im Form einer Scheinfirma – hat damals so gut funktioniert, dass er bis heute noch erfolgreich immer wieder zum Einsatz kam.

Jüngstes Beispiel für das Weiterfunktionieren dieses Taschenspielertricks gibt sogar die Europäische Zinssteuerrichtlinie aus dem Jahr 2005: Wie im Falle von Luxemburg und Österreich musste auch die Schweiz auf nicht deklarierte Zinserträge von Steuerausländer einen Satz von 35 Prozent erheben, nur betraf diese Regelung nur die Einkommen von natürlichen Personen; juristische Personen waren davon befreit. Die Reaktion darauf ließ sich in den offiziellen Statistiken der Schweiz ablesen: Gehörten vor der Richtlinie 50 Prozent der betroffenen Konten Firmen und 25 Prozent natürlichen Personen, so veränderte sich innerhalb nur eines halben Jahres das Verhältnis zu 60 zu nur mehr 15 Prozent. Welch ein Gründerboom! Es sind solche Episoden, welche (nicht nur) den Autor Zucman an der Aufrichtigkeit der Bankhäuser und in Folge an den heute üblichen Regulierungsmaßnahmen zweifeln lassen.

DIE GLOBALE WELT DER BRIEFKASTENFIRMEN

Wobei man am Beispiel der Briefkastenfirmen auch die zwischenzeitlich eingesetzte globale Arbeitsteilung unter den Steueroasen erkennen kann. Denn schon längst ist die Schweiz nicht mehr allein auf diesem Geschäftsfeld tätig, auch wenn Schätzungen zufolge immer noch rund 1.800 Milliarden Euro Auslandsvermögen auf Schweizer Konten liegen. Andere Staaten, wie die Kaiman-Insel, die Britischen Jungferninsel, Bahamas, Liechtenstein und vor allem Luxemburg, mischen kräftig mit, ohne sich aber wirklich Konkurrenz zu machen. Denn auf die jeweilige Spezialisierung kommt es an – Briefkastenfirmen hier, steuerbefreiter Trust dort.

AKTIONSPLAN: STRAFZÖLLE, FINANZKATASTER, KAPITALSTEUER

Doch Zucman belässt es nicht nur bei einer Analyse des Zustandes, er skizziert auch einen Aktionsplan mit drei Punkten. So müssen vor allem alle bisherigen Steueroasen zu einem wirklichen Informationsaustausch gebracht werden und hier würde der Autor auch vor weitgreifenden Handelssanktionen nicht zurückschrecken.

Folgt man seinen Gedanken, so stellt die Beihilfe zur Steuerhinterziehung nichts anderes als einen unrechtmäßigen Handelsvorteil, sprich eine Art von Subvention, dar und dagegen gibt es heute schon eine bewährte Handhabe: Strafzölle. Um diese zu berechnen, sollten sich die Staaten an die Regelungen der wto halten, vereinfacht also den für sie entstanden Schaden beziffern und den Gegenwert als Strafzoll dem Verursacher in Rechnung stellen. Bei dieser Vorgangsweise könnten die geschädigten großen Nationen ihre Macht gegen die deutlich kleineren Steueroasen zum Einsatz bringen, wie das etwa ein Beispiel aus dem Jahr 1962 zeigt, als Frankreich seine Zöllner mit Erfolg gegen Monaco aufmarschieren ließ. Seitdem unterliegen auch Franzosen im Großfürstentum den französischen Steuervorschriften. Diese Taktik hätte darüber hinaus auch den Vorteil, dass nur wenige Hauptgeschädigte, welche in der Regel auch die wichtigsten Handelspartner sind, einer unkooperativen Steueroase mit Zöllen zwischen 30 und gar 100 Prozent ausreichend Druck erzeugen könnten. Gegen die Schweiz wären das Frankreich, Deutschland und Italien, gegen die Bahamas wären es etwa die USA und Kanada.

Zweiter wichtiger Punkt des Aktionsplans wäre die Schaffung eines weltweiten Finanzkatasters, eines Registers aller zirkulierenden Aktien, Anleihen und Fondspapieren. Dazu müssten bereits bestehende nationale Zentraldepots, wie auch in fremden Währungen und im Ausland ausgegebene Wertpapiere (für die es mit Euroclear und Clearstream ja bereits solche Kataster gibt) zusammengefügt werden. In Folge sollten

dann die jeweiligen Eigentümer dieser Werte erhoben werden und diese Daten würden dann den nationalen Steuerbehörden zugänglich sein. Zur Verwaltung dafür sollte sich der Internationale Währungsfond am besten eigenen.

Und schlussendlich sollte als dritter Punkt eine weltweite Kapitalsteuer mithilfe des Finanzkatasters erhoben werden. Zucman denkt hier ein Modell einer Quellensteuer an. Der IWF würde zum Beispiel zwei Prozent des Wertpapiers im Namen der Länder einheben, die betroffenen Eigentümer hätten dann die Möglichkeit durch den nationalen Steuerausgleich einen Teil dieses Geldes zurückzubekommen, sofern sie sich deklarieren würden. Das hätte auch den Vorteil, dass die nationale Steuerhoheit bestehen bliebe. Will ein Staat nämlich keine derartige Steuer einnehmen, so könnte er ja die vollen Einnahmen wieder an die Betroffenen ausschütten. Wäre dieser Plan dann umgesetzt, könnte die große Reform der Körperschaftssteuer angegangen werden: Transnationale Unternehmen sollte dort ihre Steuern zahlen, wo sie die Gewinne machen – ein endgültiger Todesstoß für Briefkastenfirmen und konzerninterne Buchhaltungstricks.

BEEINDRUCKENDES DATENMATERIAL

Gabriel Zucman steht wissenschaftlich voll und ganz in der Tradition Piketteys, denn er lebt in der Empirie und verwendet eine Unzahl von Statistiken für seine Aussagen; Einzelfälle werden nicht behandelt - auch wenn der deutsche Klappentext - ein klarer Fall von Täuschung - von den Fällen Alice Schwarzer und Uli Hoeneß schwafelt. Wie nicht anders bei solch einem Thema zu erwarten, ist er gezwungen, Schätzungen abzugeben, trotzdem versucht er nachvollziehbar und glaubhaft zu argumentieren und gewährt dafür unter www. gabriel-zucman.eu/richesse-chachee auch Einblick in sein verwendetes Zahlenmaterial. So geht er ähnlich wie ein Detektiv einer Spur nach und zieht daraus seine Schlüsse. Eines seiner Indizien lässt besonders aufhorchen: Regelmäßig scheinen mehr Kapitalausfuhren in den Statistiken auf, als auf der anderen Seite Kapitaleinfuhren. Global kann das natürlich in einem geschlossenen System nicht sein, außer jemand verschweigt etwas. Und die üblichen Verdächtigen wären hierbei die Steueroasen.

FRANKREICHFIXIERT

Auffallend, für deutschsprachige Leser manchmal störend, ist eine betont französische Perspektive. Das erklärt sich aus Zucmans eigenen Umfeld und seiner Geschichte, trotzdem erwacht der Eindruck, dass hier vielleicht ein falscher Schwer-

punkt gesetzt wird. Etwas zu kursorisch erscheint die Rolle etwa der Karibik und von Asien bei der Steuerhinterziehung behandelt, von der Rolle Delawares (immerhin ein Bundesstaat der USA) ganz zu schweigen. Und auch wenn viele Praktiken zuerst in der Schweiz entwickelt wurden, so einfach dürfte man die zahlreichen Nachahmer, darunter auch und insbesondere Österreich, nicht von der Leine lassen. Deutlich über das Ziel hinaus schießt der Autor im Falle von Luxemburg, wobei er ja faktisch nicht falsch liegt, wenn er deren Steuerstandortpolitik kritisiert. Problematisch wird es aber, wenn er Luxemburg rundum gar den Status einer Nation absprechen will, nur weil jährlich knapp die Hälfte der Wirtschaftsleistung Luxemburgs ins Ausland abfließt. Bei aller berechtigten Kritik am kleinen Großherzogtum, aber solch eine Argumentation würde man sich dann doch eher von einem Kremlherrscher erwarten als einem Professor der London School of Economics zutrauen.

Das Gründungsmitglied der europäischen Einigung Luxemburg schulterzuckend aus der EU ausschließen zu wollen, verkennt die Lage. Denn einerseits überbewertet und verkennt Zucman das Prinzip der Einstimmigkeit in der EU. Dieses schwächt sich zunehmend ab und verkommt zum politischen Papiertiger. Darüber hinaus gibt es durchaus ausreichend Möglichkeiten, ein »renitentes« Mitgliedsland (mit der Zeit) zum Einlenken zu bewegen. Auch geht es ja – leider – nicht nur um Luxemburg: Österreich, Zypern, wohl auch Großbritannien und die Niederlande mit ihren karibischen »Restkolonien« würden wohl auf ihre Steuerprivilegien bestehen. Soll man die alle aus der EU werfen? Diese Idee des Autors verwundert vor allen deshalb, weil er ja andererseits selbst eine Lösung anbietet: Steuerhinterziehung ist eine Subvention und hier wird die EU durchaus tätig.

Nicht umsonst nimmt etwa die Kommission gerade 165 Steuerabkommen Gibraltars genauer unter die Lupe und selbst der EU-kritische Premier Cameron muss zähneknirschend seine Karibikgebiete, die Kanalinseln und die Isle of Man zu mehr Transparenz beim Datenaustausch aufrufen. Die tagesaktuellen Enthüllungen – Luxembourg Leaks genannt – setzen jetzt schon den neuen EU-Kommissionspräsidenten Junker gehörig unter Druck. Es wäre die Aufgabe einer aktiven europäischen Zivilgesellschaft, hier auf weitere Untersuchungen und Sanktionen zu bestehen, ohne aber mit der unrealistischen Austrittskeule zu drohen. Auch wenn es in diesem Zusammenhang nicht populär klingt: Die Lösung des Problems von Steueroasen und Steuerwettbewerb ist nur auf

internationaler und supranationaler Ebene zu erreichen. Die eigentlichen und unbestreitbaren Verdienste von Zucmans Buch bleiben aber trotz dieser Einwände bestehen: Aufmerksamkeit schaffen und die Staaten und deren Bevölkerung an ihre Lösungsmöglichkeiten zu erinnern. Dazu bräuchte es aber auch handlungsbereite Politiker (die nicht das ominöse Sparbuch der Großmutter vor dem Steuerzugriff zu schützen vorgeben oder gar von einer Welt ohne Einkommenssteuer schwärmen), und natürlich mündige Kunden, die auch im Weihnachtsstress nicht unbedingt beim Steuervermeider Amazon (Firmensitz Luxemburg) einkaufen.

STEFAN BROCZA

ist Experte für Europarecht und internationale Angelegenheiten und lehrt an den Universitäten Wien und Salzburg.

ANDREAS BROCZA

ist Politologe und Lehrbeauftragter an der Universität Wien.





Jeff WallSummer Afternoons, 2013, 2 LightJet-Abzüge
200 x 251,5 cm und 183 x 212,4 cm
© Jeff Wall und Marian Goodman Gallery, New York und Parisl

Stalin, Algorithmen & Abwicklung

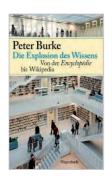


Robert Kindler STALINS NOMADEN

Die Bolschewiki begannen Ende der 1920er Jahre damit, die multiethnische Bevölkerung Kasachstans mittels Sesshaftmachung, Kollektivierung und Dekulakisierung zu unterwerfen. Eine Hungerkatastrophe, die mehr als eineinhalb Millionen Menschen das Leben kostete

und Hunderttausende zu Flüchtlingen machte, war die Folge. Sowjetisierung durch Hunger – so nennt Robert Kindler das Projekt der Bolschewiki.

HAMBURGER EDITION, 381 Seiten, 28,80 Euro



Peter Burke DIE EXPLOSION DES WISSENS

Niemand außer Peter Burke wagte sich bisher an eine derart weitgefächerte Analyse unserer Wissensgesellschaft. Was wissen wir, was weiß man über uns, und wie können wir die Hoheit über dieses Wissen behalten oder zurückerlangen? Warum werden wir zu »Informati-

onsgiganten«, laufen aber Gefahr, zu »Wissenszwergen« zu verkommen?

KLAUS WAGENBACH, 392 Seiten, 30,80 Euro



Yvonne Hofstetter SIE WISSEN ALLES

Die unvorstellbaren Datenmassen, die sekündlich abgeschöpft werden und durchs weltweite Netz fluten, sind allein noch kein Risiko. Die Gefahr geht von intelligenten Algorithmen aus. Sie analysieren, prognostizieren und berechnen uns neu,

um uns zu kontrollieren – autonom, schnell, überall und immer. Sie verbreiten sich als selbstlernende Haustechnik, vernetzte Autos oder elektronische Armbänder.

C. BERTELSMANN, 352 Seiten, 20,60 Euro



George Packer DIE ABWICKLUNG

Das große Versprechen von Glück und Wohlstand für alle gilt nicht mehr. Institutionen und Werte sind ausgehöhlt. Es zählt nur noch eine Macht: das organisierte Geld. Mittels eindringlicher Portraits schafft der preisgekrönte Autor

George Packer eine literarische Collage, die eine Nation in Auflösung zeigt und über Amerika hinaus die wesentliche Frage stellt: In welcher Welt wollen wir leben?

s. FISCHER, 510 Seiten, 25,70 Euro



Niklas Maak WOHNKOMPLEX

Warum verlassen viele Menschen die Städte und ziehen ins Umland, wo sich ein Siedlungsbrei in die Landschaft ergießt. Häuser für Kleinfamilien, wie wir sie heute kennen, werden wir uns in Zukunft ökonomisch und ökologisch ohnehin nicht mehr leisten können. Wie aber

sollen unsere Häuser in Zukunft aussehen? Was verraten sie über unser Leben? Könnte man sie sich ganz anders vorstellen? CARL HANSER, 320 Seiten, 22,60 Euro



Lewis Dartnell DAS HANDBUCH FÜR DEN NEUSTART DER WELT

Wüssten Sie, wie man verschmutztes Wasser reinigt? Wie man Strom erzeugt, Getreide anbaut oder einen einfachen Motor zusammenbastelt? Lewis Dartnell versetzt Sie in die Lage, all dies und noch viel mehr zu tun, indem er das Wis-

sen versammelt, das man wirklich braucht. Sein Handbuch macht zum Experten für die Welt von heute, in der auch ohne Apokalypse so manches nicht funktioniert.

CARL HANSER, 368 Seiten, 25,60 Euro

Kampf, Raketen & Erinnerungen



Gina Kaus
DIE FRONT DES LEBENS

1928 in der Arbeiter Zeitung als Fortsetzungsroman erschienen ist »Die Front des Lebens« aktueller denn je. Hemmungsloser Schönheits- und Jugendwahn, Finanzspekulation und Betrug bestimmen die Tagesordnung der Pro-

tagonisten. In einer Hietzinger Villa gegen Ende des Ersten Weltkriegs: Die Witwe Renate Ebenstein muss sich entscheiden und gleichzeitig ums Überleben kämpfen.

METROVERLAG, 380 Seiten, 24,90 Euro



Michael Kleeberg VATERJAHRE

Es geht um die Liebe und Sorge eines Vaters, um Selbstbehauptung im Beruf, um die Konfrontation mit Kindheit und Familie, die Abgründen der Freundschaft, die Verlockungen des Ausbruchs und um den Einbruch des Todes. Es

ist die Geschichte des mühevollen Reifeprozesses und der Bewährungsproben Karlmann Renns, der sein Leben ohne Tröstungen von welcher Seite auch immer führen muss.

DVA, 512 Seiten, 25,70 Euro

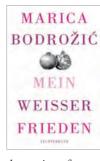


Botho Strauss HERKUNFT

Botho Strauß erzählt, wovon er noch nie erzählt hat: von seiner Kindheit und Jugend in den 40er und 50er Jahren, von Naumburg und Bad Ems, den Orten, in denen er aufgewachsen ist, von seinen frühen, prägenden Erinnerungen. Mit

diesem Buch findet er noch einmal zu einer ganz neuen Seite seines Schreibens: zum Ton des Erinnerns, der Vergewisserung über die eigenen Ursprünge.

CARL HANSER, 96 Seiten, 15,40 Euro



Marica Bodrožic MEIN WEISSER FRIEDEN

Eines Nachts führt Marica Bodrožićs Vater sie in ihrem dalmatinischen Dorf hinaus ins Freie. Sie ist noch ein Kind, und er zeigt ihr am Himmel die Sterne des Südens, erklärt ihr, wie jeder einzelne Stern heißt und dass das Licht

der weitentfernten Galaxien alles auf der Erde beschützt: die Tiere, die Bäume und Pflanzen, auch jeden einzelnen Menschen, samt seinen Träumen.

LUCHTERHAND, 336 Seiten, 20,60 Euro



Karen Köhler

WIR HABEN RAKETEN GEANGELT

Es gibt diesen Moment, in dem das eigene Universum zerbricht und weit und breit kein neues in Sicht ist: Eine junge Frau sitzt mittellos und nahezu dehydriert vor einer Tankstelle im Death Valley. Als plötzlich ein Indianer vor ihr

steht und ihr das Leben retten will, glaubt sie zu phantasieren. Doch das Universum setzt sich nach seinen eigenen Regeln wieder zusammen.

CARL HANSER, 240 Seiten, 20,50 Euro



Lydia Davis

KANNS NICHT UND WILLS NICHT

Ihre Erzählungen sind manchmal buchstäbliche Einzeiler; oder es sind lange geduldige Beobachtungen von Kühen im Laufe eines Winters vom Küchenfenster eines Landhauses aus. Ihre Stories können aber auch Träume sein, Beschwer-

debriefe (an Tiefkühlerbsenproduzenten oder Autoren von Buchhändler-Werbebroschüren) oder Geschichten, die aus den Briefen Flauberts kondensiert wurden.

DROSCHL, 304 Seiten, 23,- Euro

Wie erfolgreich ist das deutsche Modell?

iele sehen Deutschland als Vorbild: Es gilt als ein hoch produktives Exportland, dessen Leistungsbilanzüberschuss im Durchschnitt der letzten zehn Jahre etwa fünf bis sechs Prozent der Wirtschaftsleistung betrug, zuletzt sogar sieben Prozent. Die Arbeitslosenquote ist in Deutschland mit knapp unter fünf Prozent nach Österreich die zweitniedrigste in der EU. Als besonders beeindruckend wird die Wirtschaftsdynamik, insbesondere am Arbeitsmarkt nach der Krise gesehen. Die Arbeitslosenquote konnte halbiert werden und Deutschland zählt neben Österreich zu den wenigen Ländern, deren Wirtschaftsleistung das Vorkrisenniveau wieder überschritten hat.

Die Eliten der Europäischen Union verordnen allen EU-Ländern jene wirtschaftspolitische Strategie, die für den vermeintlichen Erfolg Deutschlands verantwortlich gemacht wird, nämlich Fiskalkonsolidierung, Exportorientierung, Lohnmoderation (Hartz IV), Deregulierung und Sparsamkeit. Ist Deutschland tatsächlich so erfolgreich und wenn ja, kann das deutsche Modell exportiert werden?

Die vergleichsweise günstige Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung erscheint in einem gänzlich anderen Licht, beachtet man folgende Fakten: Das beobachtbare Beschäftigungswachstum seit Krisenausbruch ist vor allem auf schlecht bezahlte Teilzeit- und Minijobs zurückzuführen. Nach der Wiedervereinigung arbeiteten nur knapp 16 Prozent der Beschäftigten Teilzeit, inzwischen sind es fast 35 Prozent, jede zweite Frau hat mittlerweile einen Teilzeitjob, bei den Männern liegt dieser Anteil bei knapp unter 20%. Dieser Trend hat sich vor allem infolge der Arbeitsmarktreformen in den letzten Jahren verstärkt. Eine zusätzliche Erklärung liegt darin, dass in den Jahren des starken Aufschwungs 2005 bis 2007 die Beschäftigung nur schwach gewachsen ist und in der »Großen Rezession« 2009 wurden dann weniger Personen entlassen, als

angesichts der Tiefe der Abschwungs erwartet worden war. Es wurden vor allem im Rahmen von Kurzarbeitsmodellen die Arbeitsstunden pro Beschäftigte reduziert. Die Durchsetzung des als relativ erfolgreich angesehenen Kurzarbeitsregimes ist im Übrigen dem Nachwirken korporatistischer (sozialpartnerschaftlicher) Strukturen geschuldet und nicht den immer wieder zitierten Arbeitsmarktreformen. Letztere haben aber dazu beigetragen, dass die Reallöhne seit 2007 nur geringfügig gestiegen sind. Sie sind derzeit gleich hoch wie im Durchschnitt der 1990er-Jahre. Reallohnstagnation ist wiederum der wesentliche Grund für den Zuwachs der Exporte, der in den Jahren nach Krisenausbruch insbesondere gegenüber den aufstrebenden Volkswirtschaften (z.B. China, Russland) zu beobachten war. Die Leistungsbilanzüberschüsse gegenüber den anderen Euroraumländern und insbesondere gegenüber dem Europäischen Süden sind hingegen stark gesunken. Schließlich ist Deutschland als großer Gläubiger und »sicherer Hafen« für Anleger, die ihre Gelder aus Schuldnerländern abziehen, strukturell begünstigt: der deutsche Staat kann sich verschulden und bekommt dafür auch noch Zinsen - in realer Rechnung.

Mit der Abschwächung des stark kreditgetriebenen Wachstums in Asiens und nun auch in Russland und einer chronischen Schwäche der Inlandsnachfrage kommt auch das deutsche Modell ins Wanken. Die deutsche Ökonomie steuert auf eine Stagnation zu. Ob dafür die Dominanz vermeintlicher nationaler Interessen über die »europäische Idee« verantwortlich ist, wie vielfach beklagt wird, oder schlichtweg Torheit, bleibt ein Rätsel. In ein paar Jahren wird man eher von einer »deutschen Episode« sprechen, als von einem Modell, das exportiert werden könnte.

ELISABETH BLAHA

ist Ökonomin in Wien..